

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,00 RM,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Heftnummern
 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Beilage: Monatsheft
 1,00 RM. Unter Streifen für
 Frankreich und Ostpreußen-Ungarn
 2,00 RM. für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Island, Lissabon,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragen
 in die Post-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt: die Rubrikhaltende Rubrik-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das ist die Rubrik haltende Zeile 20 Pf. (zu-
 fällig 2 teigebundene Werte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen
 und Stellenangelegenheiten das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Erwerbungsbeitrag 20 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gemeinnützige Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer wählen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schluß von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 28. November 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neue Kämpfe bei Bourlon.

Starke Feuerkämpfe im Westen — Vergeblicher englischer Angriff auf Bourlon — Französischer Vorstoß bei Brunay.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. November 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschiffgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nahm die Artillerietätigkeit zwischen dem Douthoulster Walde und Zandvoorde am Nachmittag wieder große Festigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an; in schwerem Nahkampf wurde sie zurückgeworfen. Die Vorkämpfbarkeit blieb auf der ganzen Schlachtfeldfront reger.

Seereschiffgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Brunay wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Raaduser war die Gefechtsfähigkeit tagüber mäßig. Am Abend trat zwischen Somognuz und Beaumont und beiderseits von Orved erhebliche Feuersteigerung ein.

Seereschiffgruppe Herzog Albrecht.

Au der Combres-Höhe und zwischen St. Nihil und Font-à-Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz

und
 Mazedonische Front
 keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 27. November 1917, abends. Amtlich.
 Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai sind starke englische Angriffe zwischen Bourlon und Fontaine gescheitert. Erbitterte örtliche Kämpfe dauern noch an. Im Osten und an der italienischen Front nichts Besondere.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. November 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage blieb gestern unverändert. In den die letzten zehn Tage ausfallenden Kämpfen bei Gison haben die alpenländischen Truppen des Generals Alfred Krauß wieder mit größter Tapferkeit und Ausdauer gekämpft. Hatte das Grazer Schützen-Regiment im Ringen um den Monte Perico abermals seiner Bergangehörigen würdige Taten vollbracht, so fanden die Ober-Oesterreicher von Hessa-Infanterie Nr. 14 und Abteilungen der Tiroler Jäger bei St. Termino und San Mariano in der Brentoschlacht Gelegenheit, neuen Ruhm an ihre Fahnen zu knüpfen. Am 23. November hat Hauptmann Brumovsky den 25. Gegner im Luftkampf besiegt.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts Neues.
 Der Chef des Generalstabes.

Landtag und Frauenwahlrecht.

Von Sally Jepsler.

„Mit diesen grundlegenden Erlassen zieht die preussische Krone die große innerpolitische Folgerung dieses Weltkriegs... Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt... Hoch darüber stehen, jedem nahe entriekt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterirdischlos unheilbares Leid auf Arm und Reich gelegt haben.“ So sagt die Begründung zu dem neuen preussischen Wahlrechtsentwurf. Der Weltkrieg also mußte kommen, um auch die Regierung begreifen zu lehren, daß „die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll“ und daß die Staatsleistung der Arbeiterschaft in voller Höhe neben der aller anderen Klassen steht. Der Weltkrieg hat der Regierung endlich diese Erkenntnis gebracht oder — vielleicht auch nur die Sorge vor der drohenden Volksstimmung, wenn man allen Opfern und Kraftentfaltungen der Massen zum Trotz ihnen auch fernher noch das volle Mitbestimmungsrecht im Staate vorenthalten wollte.

Aber wie: Lassen wir wirklich richtig? Stehen die Opfer und Leistungen, die hier so bereit verkündet werden, nur auf dem Konto der Männer? Und „unheilbares Leid, die Verluste kostbaren Menschenlebens“ haben nur ihre Seelen niedergebriekt, nur ihnen hat der Krieg brennende Wunden geschlagen? Ueber 4 1/2 Millionen Arbeiterinnen schaffen jetzt in Deutschland überall draußen in rastlosem Fleiß. Sie drehen Granaten, schleppen Lasten, treiben Mäher und Motoren, treten Maschinen, die dem Heere Schutzeug und Ausrüstung liefern; Frauen sitzen tagüber in Schreibstuben und Bureaus, leisten schwierige organisatorische Arbeit, sind Tag und Nacht in der Pflege der Verwundeten tätig, und dennoch gilt für sie nicht, daß „die Leistung den Rechten das Maß setzen soll“? Oder haben sie weniger Entbehrungen getragen, traf sie der Hunger nicht ebenso hart, traf er sie nicht eher noch schwerer, da sie täglich mit ansehen mußten, wie er auch an ihren Kindern zehrte?

Indessen — was bedarf es der vielen Worte? Es gibt keinen denkenden Menschen mehr in Deutschland noch irgendwo sonst, der nicht wüßte, daß es die fürstbarste Ungerechtigkeits, ja eine Entwürdigung des Menschentums bedeutet, den Frauen nach wie vor das Wahlrecht vorzuenthalten. Es gibt keine Gründe dagegen, die nicht beim leichtesten Windhauch vernünftiger Ueberlegung in Nichts zusammenfielen, keinen Politiker, der nicht sähe, daß das Frauenwahlrecht mit unschätzbare Sicherheit auch bei uns kommen wird, so gut sich das gleiche Wahlrecht in Preußen nun endlich allem Widerstand entgegen durchsetzt. Es ist nicht nötig, zum tausendstenmal mit Selbstverständlichkeiten das Selbstverständliche zu beweisen. Es ist nicht nötig, die Frauen gegen den sinnlosen Vorwurf zu verteidigen, den man ja auch gegen die Arbeiterschaft erhob, daß sie im Stimmrecht Bezahlung für die Pflicht ihrer Arbeitsleistung forderten; sie fordern nicht Bezahlung, sondern Recht. Das einzige, was für sie jetzt nottut, ist Kampf, zielbewußter, fetziger, jähher und scharfer Kampf so lange, bis sie Regierung und Parteien ihren Willen aufgezwungen haben.

Was bestimmt diese in Wirklichkeit sich den Frauenforderungen zu widersetzen? Die Regierung bildet hier, wie es ja generell der Fall sein sollte, nur den Willensausdruck der Fraktionen. Sie nähme jetzt am allerwenigsten diese Frage zum Anlaß dauernden Widerspruchs gegen die Wünsche des Parlaments. Denn sie weiß sehr wohl, daß in absehbarer Zeit keine materielle Aenderung des Geistes der Gesetzgebung oder auch nur der politischen Machtverhältnisse vom Frauenwahlrecht zu erwarten wäre.

Das gleiche müßte logischerweise auch den einzelnen Parteien einleuchten. Deshalb also deren unbefiegbare Gegnerschaft oder besser: unbefiegbare Gleichgültigkeit?

Bei den Konservativen ist die Antwort am klarsten gegeben. Für sie fielt mit dem Frauenwahlrecht wirklich ein Stück ihrer Weltanschauung ab. Wie die unbedingte politische und soziale Vorherrschaft des Adels, der Militäraristokratie, aller feudalaristokratischen Elemente, so umschließen diese Ideen auch die geistige Unterordnung der Frau unter den Mann. Auf eine Aenderung der Haltung der Konservativen im Landtag ist also keinesfalls zu rechnen. Sie werden dem Frauenstimmrecht so gut wie der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen so lange wie möglich den schärfsten Widerstand leisten, das heißt, so lange sie nicht durch den Druck der anderen Parteien und der öffentlichen Meinung gezwungen werden, die Waffen zu strecken.

Beim Zentrum liegt die Sache anders. Die Haltung dieser Partei resultiert weniger aus prinzipiellen als aus

Die enthüllten Geheimverträge.

Aus der Grenzfläche der Ententediplomatie.

Mit der Veröffentlichung des geheimen Deutschen und russischen, der zwischen Petersburg und Paris geführt wurde, vollbringt die bolschewistische Regierung Russlands eine wahrhaft revolutionäre Tat. In ihren vertraulichen Verhandlungen erblicken wir die Männer, die „für die Freiheit aller Nationen, der kleinen wie der großen“ zu kämpfen vorgoben, nackt und bloß. Wo sie unter sich zu sein vermeinen, haben sie solche Maskeraden ja nicht nötig, und an die Stelle der großen Redensarten von Freiheit und Gerechtigkeit tritt der rohe imperialistische Raubtierinstinkt, verbunden mit kaltem politischem Geschäftssinn.

Wenn wir deutschen Sozialdemokraten, bei strengster Kritik gegenüber unseren eigenen Machthabern, doch nicht alle Schlichtigkeit auf ihrer Seite und allen Edelmut auf der anderen erblicken zu können glaubten, so haben die Petersburger Enthüllungen unsere Auffassungen glänzend — wenn in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit von „Glanz“ geredet werden kann — gerechtfertigt. Und wenn wir der Meinung waren, wir dürften unserm eigenen Land gegenüber solchen Gegnern die Mittel zu seiner Selbsterhaltung nicht verweigern, so haben wir heute weniger denn je Anlaß, diese Meinung zu korrigieren.

Was würde wohl unser Bebel, der noch in seinen alten Tagen zum Kampf gegen zaristische Eroberungsgelüste die Klinte schultern wollte, was würde wohl Bebel zu einem Vertrag gejaht haben, der darauf hinausläuft, daß Frankreich und Rußland von Deutschland sich nehmen dürfen, soviel ein jeder Lust hat!

Wir haben ein Recht, die Eroberungspläne der Entente zu beurteilen, weil wir auch deutsche Eroberungspläne, wo immer sie auftauchten, mit derselben Schärfe bekämpft haben. Und dieser Kampf, der nicht ohne Erfolg war, soll und wird fortgesetzt werden, wo immer das noch notwendig werden sollte. Mögen doch die Arbeiter Englands und Frankreichs mit der gleichen Entschiedenheit und mit dem gleichen Erfolg gegen alle offenen und verkappten Annexionspläne Front machen! Dann wird das letzte Friedenshindernis beseitigt sein!

Den Text der russischen Veröffentlichungen finden unsere Leser auf der dritten Seite.

Entente-Prottest gegen das Waffenstillstandsangebot.

Deut amtlicher Meldung des „Echo de Paris“ haben die Regierungen der Entente beschlossen, dem russischen Velle eine Protest-erklärung gegen das Waffenstillstandsangebot der Bolschewiki zur Kenntnis zu bringen, das eine Verletzung des Londoner Vertrages

darstelle. Frankreich erlät einen besonderen Protest gegen die Verletzung des französisch-russischen Bündnisses. Beide Erklärungen werden dem russischen Velle direkt, nicht aber der marxalistischen Regierung bekanntgegeben, da die Entente deren Anerkennung verweigert.

Ein Amsterdamer Blatt meldet: „Times“ erzählt von maßgebender Seite in Petersburg, daß in einer Zusammenkunft der Gesandten auf der amerikanischen Botschaft beschlossen wurde, Trotskis Note, die als nicht empfangen gelten soll, zu ignorieren.

Wie die Dinge liegen, wird dieser Entente-Prottest in Rußland gegenwärtig wirkungslos verhallen. Den Bolschewiki gelingt es, die eroberte Macht zu festigen und sie sehen sich gegen den Kriegsapparat der Entente in Bewegung. Da die Verhaftung Duchonins und seine Erziehung durch Krylenko ihnen die Zentralgewalt des Heeres in die Hände geliefert hat, so haben sie ein Stützmittel mehr gewonnen, den gegenrevolutionären Bemühungen der Entente zuvorzukommen. Daß sie das Mittel energisch zu handhaben gesonnen sind, zeigt eine vom „L. A.“ mitgeteilte Petersburger Meldung des „Daily Mail“, wonach die neue Regierung einen Armeebefehl an alle Fronten erließ, der die Offensivfähigkeit verbietet und die Rechtschaffenheit der Befehle der Armeekommandanten von der Zustimmung der Petersburger Regierung abhängig macht.

Der Widerstand Duchonins.

Stockholm, 27. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Duchonins Nichtbefolgung der Waffenruheordere lam nicht unerwartet, da er schon früher freudigte. Die „Pravda“ berichtet, daß Duchonin am 14. November einen Tagesbefehl ausgab, worin er erklärte, alle Truppenbewegungen gegen Petersburg einzustellen, da das Hauptquartier in der Frage der Bildung der Regierungsgewalt nicht eingreifen könne. Als trotzdem das siebzehnte Armeekorps und Teile des 89. Armeekorps von Luga vorrückten, forderte Krylenko Rechenschaft. Duchonin antwortete ausweichend. Die „Pravda“ stellt fest, daß die Antwort die Regierung nicht befriedigte. Duchonins Verhalten sei das eines Mannes, welcher nicht wisse, welche Stellung er einnehmen sollte. Gegen solche Diener des alten Systems, welche neuen Regierungsbehörden nicht aufrichtig dienen, helfe nur Gewalt. Der bolschewistische Waffenerfolg ist besonders der Beherrschung der Petersburger Kriegsindustrie und der überlegenen Artillerie zuzuschreiben.

Bei Station Ruzhenkino eroberte eine Matrosenabteilung einen Panzerzug mit 72 Kanonen, 12 Maschinengewehren und eine Menge Gewehren. Die Offiziere flohen größtenteils. Die Gefangenen wurden nach Moskau gebracht.

politisch faktischen Erwägungen. Denn mögen bei zahlreichen seiner Vertreter die persönlichen Anschauungen freilich ebenfalls auf die konervative Seite neigen, so ist seine politische Stellung doch von so vielen Faktoren abhängig, daß es sehr verschiedenartigen Ermüdungen in seinen Reihen Rechnung tragen muß. Für die Entscheidung des Zentrums über das Frauenwahlrecht würde vermutlich, wie auch in anderen Ländern bei den sozialistischen Parteien, die Einschätzung seiner Wirkungen für die Macht der Kirche mit in Frage kommen, und sie fielen unter diesem Gesichtspunkt wahrscheinlich nicht unbedingt negativ aus.

Bei den Nationalliberalen sind die Meinungen über politische kulturelle Probleme mehr oder weniger liberal betont, je nachdem sie mehr der rechten oder der linken Seite der Partei angehören. Ihre Stellung zum Frauenwahlrecht ist aber, mit gewissen Modifikationen, genau dieselbe wie die der fortschrittlichen Volkspartei, das will sagen: sie ist ablehnend. Bei den Liberalen zeigt sich in dieser Frage erst in voller Glorie die Natur unserer Mittelparteien, nämlich der zwischen mittlerer Linie überhöht. Es liegt für den Liberalismus seinerlei innerer Anlaß vor, dem weiblichen Geschlecht politische Gleichberechtigung zu verweigern; die Äbener der bürgerlichen Demokratie fordern sie im Gegenteil. Aber es handelt sich um eine neue, in ihren weiteren Wirkungen revolutionäre gesetzliche Maßnahme, um ein neues, kein bloß parteipolitisches Problem. Hier verlagert die Initiative unseres Liberalismus vollkommen. Von den in der fortschrittlichen Volkspartei organisierten bürgerlichen Frauen gedrängt, sah sich der Vorstand der fortschrittlichen Volkspartei schon 1913 auf einem seiner Parteitage genötigt, seinen Parlamentarismuskollegen die Befürwortung des Frauenwahlrechts zu empfehlen; das hinderte ihn aber durchaus nicht, sich nach diesem Parteitag in der Sache weiter so passiv zu verhalten wie bisher. Das Tollste, was die fortschrittlichen Frauen sich bieten lassen mußten, war das vollkommene Schweigen der Partei in dem Verfassungsausschuß des Reichstags, in dem man doch eine grundsätzliche Stellungnahme zu einer so wichtigen Frage bei liberalen Führern hätte voraussehen dürfen. Und der parlamentarischen Führerschaft des Liberalismus folgte ebenfalls keine Presse. In der ganzen letzten Zeit der heftigen Verfassungskämpfe erörterte sie meines Wissens die Frage ernsthaft nicht ein einziges Mal.

Es erübrigt sich für uns bei dieser Rundschau über die Parteienstellung noch einmal zu betonen, daß ausschließlich die Sozialdemokratie sich rühmen darf, die Frauenwahlrechtsforderung zu vertreten; sie befehde bei jeder Gelegenheit ihr Interesse dafür und regle Diskussionen darüber an, wo immer sie konnte.

Was aber nun? Sie allein kann den Frauen nicht zu ihrem Recht verhelfen. Wie sollen sie dazu kommen? Gegenwärtig werden die Wahlrechtskämpfe im Landtag ihren Schwerpunkt finden. Die paar sozialdemokratischen Stimmen dort müssen kämpflos im Chorus der übrigen verhallen, die stumm bleiben werden wie immer. Sie werden es bleiben, wenn die Frauen selbst sie nicht endlich zur Sprache zwingen. Petitionen und Anträge allein genügen dazu nicht. Sie werden zum hundertsten Male mit ein paar nichtstimmenden Worten abgefertigt und wandern zu ihren Vorgängern in die Aktenablage. Nein, öffentlich muß Sturm geblasen werden. In den Zeitungen jeder Richtung müssen die Frauen ihren Abgeordneten die klare Frage stellen: Treibt Ihr für das Frauenwahlrecht ein? Und wenn nicht, nennt hier vor Waren Wählern klipp und klar die Gründe! Versteht Euch nicht dahinter, daß jetzt die Zeit größerer und aktuellerer Probleme dringt als dieses. Gerade revolutionäre Epochen müssen die Menschen in ihren Tiefen auf und stellen sie jeder Frage neu vors Angesicht. Solchen Zeiten ist nichts zu klein und nichts zu groß, um es für sich zu entscheiden.

So öffentlich zur Antwort gezwungen, müssen die Führer der Fraktionen ihre Taktik des Ausweichens fallen lassen. Sie müssen Rede stehen, und denen, die nicht offen gegenwärtige Grundzüge bekennen dürfen, bleibt nur eine klare Zusage übrig. Auch damit ist freilich das Landtags- oder sonst ein Wahlrecht für die Frauen noch nicht errungen, da im Landtag keine prinzipiellen Anhänger nicht über die Mehrheit verfügen. Aber es gibt neugewählte Parlamente, es gibt auch noch einen Reichstag, und vor ihnen wird die Wahlrechtsfrage ohnehin gestellt werden müssen, wenn jetzt der Kampf in Venedig nicht zu der gewünschten Entscheidung führt. Jedenfalls wären dann die Herren festgelegt. Sie könnten sich nicht wieder in ministeriellen Säulengängen, die zugegebenen Worte bedeuteten für sie eine Bindung.

So ist es nun an den Frauen, zu sprechen. Sie müssen zeigen, ob sie der Zeit im Denken und Gefühl gewachsen sind, wie sie sich ihr in der Arbeit bewähren zeigten. Sie laden geschäftlich eine Schuld auf sich, wenn sie jetzt vertragen, wo für sie Freiheit und Menschenwürde auf dem Spiel steht; denn sie kämpfen in ihrem Wahlrechtskampf nicht nur für sich, sondern für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung aller Gesellschaftsmitglieder.

Die Sozialdemokratischen, die der Uebereinstimmung mit ihrer Partei gewiß sind, dürfen in diesem Streit der Bürgerlichen dennoch nicht die Hände in den Schoß rufen lassen. Auch für ihre Sache wird dort gerungen. So mögen sie unermüdet die anderen zu Taten treiben!

Ist eine neue sozialistische Friedenskonferenz zweckmäßig?

Stockholm, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Der Chefredakteur Hanson leitartikel in hiesigen „Sozialdemokrat“ gegen den dänischen Vorschlag auf Einberufung einer neuen sozialistischen Friedenskonferenz. Er sagt, man müsse damit rechnen, daß nicht nur England, Frankreich und Belgien ausbleiben, sondern daß auch Italien und Amerika außerstande sein werden, die Konferenz zu besuchen. Dadurch würde diese lediglich eine Sonderkonferenz der Russen und der zentralen Länder unter Vermittlung der Neutralen. Stimmung rechne in seinem Vorschlagsbrief an Troelstra mit der Möglichkeit eines Sonderfriedens; es sei aber ungereimt und unmöglich, die Internationale für derlei zu engagieren. Ein Sonderfrieden im Osten verlängere eher den Weltkrieg und nähere um so weniger der Gerechtigkeit und dem Frieden. Ein einseitiges Engagement würde auch die Internationale auf unabsehbare Zukunft lahmlegen.

Die Amsterdamer Meldung über einen Artikel Kuyssmans, der sich angeblich mit der geplanten neuen sozialistischen Konferenz unter Ausschluß der deutschen Parteimehrheit beschäftigt, ist total erfunden. Der „Sozialist belge“ enthält niemals Derartiges.

Ein Friedensschritt der nordischen Neutralen?

Stockholm, 27. November. Die aus einer Haager Konferenz im Jahr 1915 hervorgegangene Schwedische Friedensvereinigung legte dem schwedischen Departement des Aeußeren das Ergebnis ihres Aufrufes zu einer Aktion der Neutralen für einen dauernden Frieden vor. Der Aufruf enthält die Unterschriften von 11 000 Einzelpersonen und von 1074 Vereinigungen. Die Verfasser des Aufrufes hoffen auf eine Erörterung des Gedankens einer neutralen Friedenskonferenz bei Gelegenheit der nächsten skandinavischen Königs- und Ministerzusammenkunft in Kristiania.

Wachsende Macht der Bolschewiki.

Beginn der Wahlen zur Konstituante.

Stockholm, 26. November. Nach einer Meldung der Petersburger Zeitung „Pravda“ befinden sich u. a. folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Kiew, Nischni Nowgorod, Charkow, Odesja, Jekaterinoslaw, Samara, Saratow, Kasan, Kozlow, Wladimir, Rensel, Pskow, Krasnojarsk, Tobolsk, Serpuchow und Jarzyn.

Die Gesamtzahl der aus dem Sowjet ausgetretenen Mitglieder beträgt nur 60 von 700. Nach einer weiteren Meldung begannen die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung programmäßig am 25. November in allen Städten Rußlands.

Kopenhagen, 26. November. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Haparanda gemeldet: Laut „Nowaja Schijn“ habe Tröcht den Beamten des Ministeriums des Aeußeren mitgeteilt, daß sie, falls sie den Dienst nicht bis zum 30. November wieder aufgenommen hätten, als entlassen betrachtet werden würden.

Der Rat der Volkskommissare bereite die Uebnahme aller Privatbanken durch den Staat vor.

Stockholm, 27. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Pravda“, das Organ der Bolschewiki, publiziert die Erklärung Sinowjews, daß sein Zwiespalt zwischen den Bolschewiki bestehe und daß er nach der gewonnenen Ueberzeugung, daß die Menschewiki keine Sammelregierung wünschen, seinen Austritt aus der Partei zurücknehme.

„Aftonsbladet“ gibt den Bericht eines schwedischen Reisenden wieder, der bestätigt, daß die Petersburger Greuelberichte übertrieben waren. Die ersten Revolutionstage verfloßen ganz ruhig und größtenteils ohne Blutvergießen. Auch das Blutbad unter dem den Winterpalast verteidigenden Frauenbataillon und Kadettenhülfern bleibt bei weitem zurück hinter den Märzeporn.

Amsterdam, 27. November. Nach einem hiesigen Blatt erzählt die „Times“: Wie verlautet zieht Kaledin große Truppenmassen im Donale zusammen, die durch von der Front genommene Truppen verstärkt werden.

Hierzu sei erwähnt, daß die „Pravda“ nach einer Meldung der „Nationalzeitung“ mitteilt: Im Donezbecken macht die bolschewistische Bewegung neuerdings unübersehbare Fortschritte. Es haben dort 700 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt, und waren zur Aufnahme der Arbeit auch dann nicht zu bewegen, als Kaledin die Getreideworräte für die Streikenden sperren ließ. Schließlich ist es im Donezgebiet zu heftigen Kämpfen gekommen, wobei Arbeiter und Soldaten gegenüber den Kaledinischen Kosaken die Oberhand behielten. Charkow wurde von den Maximalisten besetzt und als Basis für die maximalistische Organisation im Donischen Bezirk eingerichtet. Der weitaus größte Teil der Donischen Bergwerke steht somit zurzeit unter der Kontrolle der Maximalisten.

Ausrufung der ukrainischen Republik.

Rotterdam, 27. November. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt „Daily Chronicle“ aus Petersburg vom 25. November: In Kiew ist die Macht in den Händen der ukrainischen Rada, die die ukrainische Republik ausgerufen hat. Die Republik wird mit Rußland vereinigt bleiben und umfaßt die Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Lichernigow, Kozlow, Charkow, Jekaterinoslaw, Cherson und Tauris. Alle Regierungsstellen in Kiew sind in den Händen der Ukrainer und die russischen Blätter sind beschlagnahmt. Am 20. November hat die Rada ein Manifest erlassen, in dem die Republik ausgerufen, alle privaten Ländereien, der Grundbesitz der Klöster und die Domänen in dem ukrainischen Gebiet als Staatseigentum erklärt werden und die gesetzgebende Versammlung der Ukraine für den 22. Januar einberufen wird.

Die Verschwörung des Purischkewitsch.

Stockholm, 27. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Pravda“ berichtet Einzelheiten über die von Purischkewitsch geleitete Verschwörung. Unter den Verhafteten befindet sich Purischkewitsch, ein Bruder samt Frau, Fürst Kusupow, Graf Sumarokow-Eltow, Hauptmann Komonka und der bei der französischen Botschaft angestellte Herzog von Leuchtenberg. Ein bei der Verhaftung gefundener Brief von Purischkewitsch an Kaledin legt den Plan dar, Offiziers- und Kriegsschulregimenter aufzuspüren, besetzt, daß ein großer Teil Kosaken von der revolutionären Propaganda ergriffen und die Offiziere größtenteils erhandelt abgestimmt und schwer organisierbar seien. Eine Kraststelle des Briefes lautet: Die Politik der Unterhandlungen und Ermahnungen brachte ihre Früchte; alle anständigen Menschen sind der Verfolgung und Unterdrückung preisgegeben und die Macht liegt in Händen von Verbrechern und Böselhauern, mit wofür man mit öffentlichen Zuspürungen und Galgen abrechnen muß.

Verschiebung der französischen Kammerneuwahlen.

Der Antrag Malvy.

Bern, 26. November. „Progrès de Lyon“ meldet aus Paris: Der Minister des Innern erteilte allen Präfekten und Unterpräfekten die Anweisung, angefaßt der augenblicklichen Umstände sich nicht von ihren Posten zu entfernen, außer in Fällen, wo es unbedingt dienstlich notwendig ist. Der Polizeipräsident von Paris und der Direktor der allgemeinen Sicherheitspolizei wurden abberufen.

Die Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen zum Parlament, die im Jahre 1918 stattfinden sollten, zu verschieben, da man sonst die in der Armeezone befindlichen Wähler und die

Kriegsgefangenen nicht abstimmen lassen könne. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Kammer ihre Machtbefugnisse durch Gesetz bis zum Jahre 1920 verlängern lassen wird. In parlamentarischen Kreisen scheint man sich mit der Möglichkeit von Wahlreformen zu befassen, und zwar sollen im ersten Wahlgang alle Sitze im Parlament auf Grund des Systems der absoluten Mehrheit verteilt werden und für die Stichwahl soll das Proportionalstimmensystem Anwendung finden.

Bern, 26. November. Die heute in Genf eingetroffenen Honorerblätter vom 23. 11. berichten über die Kammer Sitzung vom 22. 11. nach folgende Einzelheiten: Als Dechanel bekannt gab, daß Malvy einen Antrag auf Bildung eines Ausschusses von 33 Mitgliedern eingebracht habe, entstand sofort große Erregung. Malvy wurde nur gestattet, kurz über das Datum der Erörterung seines Antrages zu sprechen, wogegen die Sozialisten Einspruch erhoben. Malvys Angaben bezüglich der bisherigen Untersuchungen infolge der Anschuldigungen seitens Dandels wurden von Poinlevé als richtig bestätigt. Die Rede Malvys wurde von heftigen Zwischenrufen der Rechten und scharfen Zusammenstößen zwischen der Rechten und der Linken ständig unterbrochen. Die Linke und die äußerste Linke und ein Teil des Zentrums bereitete Malvy nach der Rede eine Guldigung. Renaudel erklärte nachher, Clemenceau sei zwar nicht anwesend, aber irgend jemand von der Regierung könne in seinem Namen sprechen. Clemenceau habe die Skandale als Sprungbrett benützt, um zur Macht zu gelangen. In der Kammer ertönten wiederum leidenschaftliche Zwischenrufe. Erst nach langer Unterbrechung konnte Renaudel fortfahren: Clemenceau muß nun auch die Initiative für alles Weitere übernehmen und Malvy muß seine Ankläger vor Gericht stellen können. Justizminister Raill führte sodann namens der Regierung aus, daß sie Erklärungen beibringen werde.

Im Senat wurde der Antrag Malvys sehr lebhaft besprochen.

Jameson gestorben.

Der Führer der „Jameson-Raids“, des von Cecil Rhodes im Jahre 1895 angeführten Ueberfalls auf die Burenrepublik Transvaal, ist gestorben. Der Raid war zusammengebrochen, Jameson gefangen genommen und an England ausgeliefert worden, wo er zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, aber bald wieder freigelassen wurde. Das Schicksal der Buren hat sich inzwischen doch erfüllt. Uns Deutschen weckt der Tod dieses Imperialisten auf eigene Rechnung und Gefahr die Erinnerung an festsame Irrungen, Wierungen unserer auswärtigen Politik.

Jameson, der von Hause aus Arzt war, ist 64 Jahre alt geworden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. November. Amtlich. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

20 000 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große, tief beladene Dampfer, von denen einer in Uktion geladen hatte. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Kämpfe in Palästina.

Konstantinopel, 26. November. Amtlicher Heeresbericht. Sinai front: An der Küste hatte der Gegner mit Kavallerie und Infanterie den Wadi Andscha überschritten und sich auf dem Nordufer festgesetzt. Gestern traf ihn dort unser Angriff, und zwar mit bestem Erfolge. Das Nordufer des Wadi Andscha wurde vom Feinde gesäubert. 6 Maschinengewehre und 11 Gefangene blieben in unserer Hand. Eine erhebliche Anzahl der stehenden Feinde ist im Fluß ertrunken. In der Mitte der Front war die Gefechtsintensität im allgemeinen auf beiderseitige Artilleriefeuer beschränkt; unsere Kavallerie jedoch drückte die feindliche Kavallerie zurück und nahm ihr Beute ab.



Die Lage bei Jerusalem

Kleine Kriegsnachrichten.

Amuchebewegung in Spanien. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden am Sonntag im ganzen Laube Versammlungen zugunsten einer Amnestie abgehalten. Zwischenfälle werden nicht gemeldet.

Vor der Reichstagsöffnung.

Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet amtlich aus München: Unter Vorsitz des Staatsministers von Dandl fand die bereits angekündigte Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten gestern nachmittags im Reichskanzlerpalais in Berlin statt.

Gestern hatten auch die Fraktionsführer eine Besprechung mit Herrn v. Kuhlmann, der heute eine Unterredung mit dem Reichskanzler folgt.

Herr v. Rheinbaben geht ins Privatleben. Nach einer Mitteilung der „Lokal Rundschau“ hat der Oberpräsident der Rheinprovinz und frühere Minister des Innern und sodann Finanzminister, Freiherr v. Rheinbaben, aus Gesundheitsrücksichten sein Abschiedsgesuch eingereicht. Er wird seinen zukünftigen Wohnsitz in Düsseldorf nehmen.

Parteinachrichten.

Die russische Kundgebung an die deutschen Arbeiter.

Am 20. November haben wir den Text der bolschewistischen Kundgebung wiedergegeben, die an die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands gerichtet ist. Diese Kundgebung war, wie wir damals berichteten, in erster Reihe dazu bestimmt, in der Dresdener Scheidemannversammlung zur Kenntnis der dort versammelten Arbeitervorkämpfer zu werden. Die „Leipziger Volkszeitung“ weiß das nicht, und weil sie es nicht weiß, glaubt sie es nicht, und sie behauptet, das Telegramm sei nicht an die Versammlung gerichtet gewesen, in der Scheidemann sprach, sondern an die Partei, deren Vorsitzender Scheidemann ist. Diesen ihren unbedeutenden Irrtum benutzt sie, um den „Vorwärts“ des „Schwindels“ und der „Fälschung“ zu beschuldigen. Sie will damit in ihrer Kutterrede ausdrücken, daß sich der „Vorwärts“ geirrt habe. Aber der Irrtum ist auf ihrer Seite, und würden wir ihre Sprache sprechen, so würden wir sagen: „Sie schwindelt, Sie fälscht.“ Wir beschränken uns aber auf die Bemerkung, daß sie wirklich falsch unterrichtet ist.

Kräftige Fortschritte in Bayern.

In einer Konferenz für die Wahlkreise München I und II, auf der eine umfassende Agitation für Partei und Presse beschlossen worden ist, teilte Genosse Wittl mit, daß die „Münchener Post“ ihren höchsten Abonnentenstand seit ihrem Bestehen erzielten höchsten Abonnentenstand seit ihrem Bestehen erzielt hat.

Organisation und Parteitag.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Düsseldorf nahm Stellung zu den Verhandlungen des Würzburger Parteitags. Der Berichterkatte Genosse Oertel stellte sich in seinen Ausführungen rückhaltlos auf den Boden der gefassten Beschlüsse. Nach kurzer Diskussion erklärten auch die Versammelten ihre Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitags und gelobten, im Sinne dieser Beschlüsse mit unermüdlichem Eifer für den Ausbau der Organisation tätig zu sein.

Groß-Berlin

Sinnloses Treiben.

Wer hat ein Interesse daran, eine Aktion zu durchkreuzen, die auf eine Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und auf eine Erhöhung der Kartoffelration gerichtet ist? Niemand, sollte man denken, als die Kriegswucherer und Schleichhändler! Trotzdem haben die Unabhängigen die von der Generalkommission für den Montagabend einberufenen Versammlungen nach einem vorbedachten Plan befehligt, die Annahme einer Resolution, die 10 Pfund Kartoffel pro Kopf und Woche fordert, verhindert und dafür eine andere angenommen, die keine bestimmten Forderungen zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse, dafür aber desto mehr Vermahnungen gegen Partei und Gewerkschaften enthält!

Der Kraftbeweis, daß es ihr möglich sei, einige Tausende disziplinierter Anhänger aufzubringen und diese selbst zum größten Nutzen zu verleben, ist der Leistung der Unabhängigen wichtiger gewesen als eine Aktion, die den Berlinern eine Verbesserung ihrer traurigen Ernährungsverhältnisse zu bringen bestimmt war. Daß ihr dieser Kraftbeweis gelungen ist, kann niemand leugnen. Aber daß es in Berlin eine organisierte Kampftruppe gibt, die alles, was von der sozialdemokratischen Partei oder von den Gewerkschaften ausgeht, in blinder Wut zu zerbrechen bestrebt ist, war schon vorher sein Geheimnis. Für die Meinung der breiten Massen bedeutet das nichts Entscheidendes, weniger z. B. gewiß als die Tatsache, daß der „Vorwärts“, so lange er in der Hand der Unabhängigen war, monatlich ungefähr ebensoviel Leser verlor, wie er jetzt gewinnt. Aber wie immer dem sei, sicher ist, daß durch den Richtungsirrtum die Aktionskraft der Arbeiterbewegung im ganzen geschwächt wird.

In solcher Schädigung sucht die Leitung der Unabhängigen ihre Triumphe, das haben die Vorgänge am Montag gezeigt. Eine Gruppe, die kein besseres Ziel kennt, als den demütigsten Richtungsstreit in die Gewerkschaften zu tragen und eine Bewegung zur Erhöhung der Kartoffelration laput zu machen, ist in den Augen aller Verständigen gerichtet. Auch diejenigen, die heute ihre Meinungsverschiedenheiten mit der Partei aus einer Stimmung der nervösen Gereiztheit heraus auf die Spitze treiben, werden später gerichtet zu unterscheiden lernen zwischen dem Würzburger Parteitag, der zur Einigung rief, und der Leitung der Unabhängigen, die eine Bewegung zur Verbesserung der Berliner Ernährungsverhältnisse kaltblütig sabotiert.

Wenn nun aber die Bewegung zur Erhöhung der Kartoffelration um Durchschlagkraft und Erfolg gebrocht sein sollte, so können sich die Berliner Arbeiter dafür bei den Unabhängigen bedanken. Ja, „Wüten gegen die eigenen Interessen“, das ist's!

Der heutige Stand der Kohlenversorgung Groß-Berlins.

Ueber dieses Thema hat sich Stadtrat Löhring, der Deputierter für die Kohlenversorgung Berlins eingehend in einem Vortrage geäußert. Nach Kennzeichnung der mannigfachen durch den Krieg bedingten Ursachen, die in dem lohnlosen Deutschland zu Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung hinter der Front notwendigerweise führen mußten (zwei Drittel bis drei Viertel der Kohlenförderung wird für Kriegszwecke verbraucht) schilderte der Redner die Schwierigkeiten, die sich insbesondere für die Kohlenversorgung Groß-Berlins ergaben. Die zuständigen Reichsstellen hätten die Sachlage nicht rechtzeitig erkannt, durch ihre zögernde Haltung sei viel kostbare Zeit verloren gegangen. So stand der Kohlenverband Groß-Berlin, der auf Berlins Betreiben begründet wurde, um einem unheilvollen Wirtswar in den 40 Gemeinden Groß-Berlins vorzubeugen, vor der schweren Aufgabe, die Unterverteilung vornehmen zu müssen, ohne die Gewißheit der ausreichenden Belieferung zu haben. Auf Drängen des Kohlenverbandes kam dann die Verordnung des Oberkommandos, die namentlich den Zweck hatte, das Hamstern zu verhindern und eine planmäßige Rationierung zu ermöglichen. Bei der Ausgabe der Kohlenkarte ging der Kohlenverband angesichts der Unsicherheit in der Belieferung sehr vorsichtig vor, und zwar mit Recht, denn die Hoffnungen des Reichskommissars, der glaubte, für Groß-Berlin etwa 60 Proz. des Bedarfs liefern zu können, haben sich nicht erfüllt. In den Monaten September, Oktober und November dieses Jahres stellte sich die gelieferte Menge auf 60, 72 und wieder etwa 60 Proz. des zugefügten Quantums. Die Einschränkung im Gasverbrauch war unbedingt notwendig. Die Vorräte der Berliner Gasanstalten haben sich in den letzten vier Wochen von 62 000 Tonnen auf 25 000 Tonnen verringert, die Reserven reichen nur für 9 Tage.

Groß-Berlin genießt übrigens eine Bevorzugung gegenüber der Provinz, wo die Einschränkung fast durchweg 20 Proz. beträgt. Auch im Elektrizitätsverbrauch müßte eine Einschränkung eintreten, der Erlaß der Verordnung steht unmittelbar bevor. Vorsehen ist auch eine Einschränkung der Kriegsanleihe um 20 Proz., die nach seiner Ueberzeugung ohne Beeinträchtigung der Munitionserzeugung möglich ist. Inwieweit diese Einschränkung durchgeführt werde, bleibe allerdings abzuwarten. Für den Haus-

halt ist ein Verbrauchminimum von 500 Kilowattstunden zugestanden; auch hier genießt Groß-Berlin eine Bevorzugung gegenüber der Provinz.

In Bezug auf die Kohlenversorgung für die zweite Winterhälfte glaubte Stadtrat Löhring die Zuficherung machen zu können, daß bestimmt eine zweite Kohlenzuteilung auf Grund einer neuen Kohlenkarte, voraussichtlich im Januar, erfolgen wird. Bei Gelegenheit der Verteilung der zweiten Kohlenkarten werden manche Unvollkommenheiten des ersten Verteilungssystems ausgemerzt werden. So wird z. B. die erste Gruppe, die bisher nur 5 Zentner zugeteilt erhalten hat, gleichmäßig mit der zweiten Gruppe 10 Zentner erhalten. Die Abstufungen innerhalb der einzelnen Gruppen werden abgeschwächt, und zwar auf die Möglichkeit hin, daß die besser gestellten Bevölkerungskreise sich eine gewisse weitere Beschränkung werden gefallen lassen müssen. Auch die Frage der Berücksichtigung der Unterwerter soll in zureichendem Sinne geregelt werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Zentralisierung durch die Einführung eines gewissen Bezugssystems eine bestimmte Regelung im Sinne einer Einschränkung erfordern. Die Zahl der zu beheizenden Zimmer wird vorwiegend auf die Hälfte der Wohnräume festgesetzt werden; dadurch wird beim Kofverbrauch ein Drittel erspart, eine Ersparnis, die bei 12 000 Häusern mit Zentralheizung sehr ins Gewicht fällt. Wie die Neuegelung des Warmwasserverbrauchs sich gestalten werde, lasse sich heute noch nicht vorhersehen. Es sei vielleicht nicht ausgeschlossen, daß die Beschränkung auf zwei Tage in der Woche fallen gelassen und dafür der Verbrauch an allen Wochentagen auf die Zeit von 9 bis 11 Uhr gestrichelt werde. Von größter Wichtigkeit für das zukünftige Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter ist die durch Bundesratsverordnung allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Pflicht gemachte Schaffung von Heizungsstellen, die alle derartigen Streitfragen unter Ausschaltung der Gerichte endgültig abschneiden werden.

Ueber den Umgang mit „lofen Suppen“.

Eine Leserin schreibt uns: Ich habe mir davon einen Teller voll gekocht. Und beim Essen habe ich dann die Augen fest zugeknippt und die Trübe mit den harten Stücken heruntergeschluckt, ohne das Ganze im Munde umzudrehen. Mein großer Hunger half mir dabei. Nachher habe ich den in der Tüte verbliebenen Rest untersucht. Ich habe keine chemischen Kenntnisse, aber das habe ich heraus: Kartoffelwurzeln und Dörrgemüse sind darunter. Für ersteres lautet die Kochvorschrift: Kalt anrühren, unter fleißigem Rühren in die kochende Masse, wie Suppe, Brei oder Gemüse, tun, sofort vom Feuer nehmen. Dagegen muß Dörrgemüse stundenlang weichen und ebenso lange kochen.

Ich habe nun den Rest durchgeseiht und die mehrlartige Substanz zum Winden des (ach so waren) Gemüses benutzt. Dazu ging es, sogar ganz gut. Und da ich eine sparsame Hausfrau bin, habe ich die zurückgebliebenen Reste wie Dörrgemüse behandelt. Sie wurden auch weich, wollten aber trotz großem Hunger und zugekniffenen Augen nicht rutschen.

Das eine aber wurde mir klar: Der Fabrikant dieser „lofen Suppen“ hat dazu nicht viel Guts zu sagen!

Der neue Vollmilchpreis.

Da der Höchstpreis für einen Liter Vollmilch auf 46 Pf. festgesetzt ist, so entfallen auf 1/4 Liter 11 1/2 Pf. Die Fettstufe Groß-Berlin hatte den 1/4 Literpreis nach unten, auf 11 Pf., abgerundet, da der Kleinhandler durch die Abrundung des 1/4 Literpreises nach oben einen entsprechenden Ausgleich gewann. Die in der letzten Zeit notwendig gewordene Veränderung der Milchportionen hat diesen Preisausgleich zum größten Teil beseitigt. Die Fettstufe Groß-Berlin hat daher angeordnet, daß die Abrundung des 1/4 Literpreises, wie üblich, nach oben, also auf 12 Pf., erfolgen darf. Die Bestimmung, daß, wenn mehrere Milchportionen zusammen bezahlt werden, die Gesamtmenge bei der Preisberechnung als Einheit gilt, bleibt unberührt.

Kleinhandelspreise für Wild.

Die Einkäufer Berlins werden wieder einmal durch die Verkaufsgabe von Höchstpreisen überrascht, die für sie leider nur ein rein theoretisches Interesse haben. Denn die Lebensmittel, auf die sie sich beziehen — Rehe, Gänse, Wildschwäne, Hasen und Fasanen — kommen den Berlinern nicht zu Gesicht, geschweige denn in den Magen. Wir begnügen uns daher, die Kleinhandelspreise für wilde Kaninchen mitzuteilen, die sich folgendermaßen stellen: Das Stück mit Walg 2,15 M., ohne Walg 2,10 M.; für Häuten und Spiden eines abgezogenen Kaninchens dürfen 30 Pf. berechnet werden.

Das Amtsblatt der Reichsstelle für Gemüse und Obst enthält in seiner jüngsten Nummer zwei lehrreiche Aufsätze über das Thema „Der Nährwert des Gemüses“ und „Die Aufbewahrung von Speisezwiebeln für den Winter“. Aus dem ersten erfahren wir, daß das Gemüse als Hauptträger von Kohlehydraten einen Nährwert besitzt, der nur noch durch den Nährwert der Körnerfrüchte übertroffen wird, und wir bedauern umso mehr, daß es der Reichsstelle für Gemüse und Obst nicht gelungen ist, auch nur unseren allerdingendsten Bedarf an diesem so überaus wertvollen Nahrungsmittel zu befriedigen. Der zweite Aufsatz läßt uns dagegen völlig kalt; denn wir brauchen uns über die Aufbewahrung von Speisezwiebeln, die uns die Reichsstelle besonnenlich überhaupt nicht zu liefern imstande ist, leider nicht weiter den Kopf zu zerbrechen. — War es nötig, daß die Reichsstelle in ihrem Amtsblatt auf diese schmerzhaften Läden ihrer Tätigkeit noch besonders hinwies?

Lederersatz.

Das Wort „Ersatz“ hat jetzt keinen guten Klang. Nach den ählichen Erfahrungen der Kriegszeit ist man geneigt, dabei zugleich an Schand und Schwindel zu denken. Mit anderem Maß will die „Ersatzlohlen-Gesellschaft“ gemessen werden, die vom Reichsanwalt des Innern beauftragt ist, die Zivilbevölkerung mit Schuhwerk aus Lederersatzstoffen zu versorgen. Was sie bisher geleistet hat, zeigt sie in einer Ausstellung, die leider nicht dem Publikum zur Verfügung freigegeben werden soll. Wir haben dort Ersatz manderlei Art, Ersatz für Sohlen, für Schäfte, für Kappen, Ersatz aus Papier, aus Segeltuch, Gips, Gummi, Horn und für die Sohlen vor allem aus Holz. Der Mangel an Leder ist im Laufe des Krieges immer größer geworden, so daß selbst die Lederabfälle, die man auf die Sohlen nagelte, bald nicht mehr zu haben sein werden. Was an Leder noch vorhanden ist oder nachwächst, wird größtenteils vom Heere beansprucht und aufgebraucht. Da muß die Zivilbevölkerung leben, wie sie sich behilft. Für sie naht das Zeitalter der Holzsohle heran, der Holzsohle für die feinsten Stiefel ebenso wie für die größten. In den ersten neun Monaten von 1917 wurden bereits neun Millionen Paar Holzsohlen vertrieben. Die „Ersatzlohlen-Gesellschaft“ versichert, die Abneigung gegen die Holzsohle sei ein Vorurteil. In einer amtlichen Mitteilung der Ausstellung wird uns gezeigt, daß die Verwendung von Holz zur Fußbekleidung „nicht neu“ ist. Auch ein „Trost“!

Berliner Stadtteile ohne Elektrizität.

Eine Betriebsführung in einer elektrischen Unterstation der städtischen Elektrizitätswerke trat am Montag nachmittag durch das Verlegen von Uniformen ein. Dabei mußten die Stadteile, welche durch die Wiener Straße, den Landwehrkanal, Kotbuscher Damm, Hasenheide, Zisterstraße, Grimmstraße, Dieffenbachstraße, den

Quisenstädtischen Kanal und die Skalitzer Straße begrenzt werden, bis etwa Ende der nächsten Woche ohne Strom bleiben. Nach Wiederherstellung der Uniformer werden, wie der Magistrat mitteilt, nach Möglichkeit einzelne Repteile allmählich wieder in Betrieb genommen. Um die Anbetriebnahme zu erleichtern, ist es alsdann erwünscht, daß alle Abnehmer, die am Montag ohne Strom waren, ihre Stromentnahme bis auf weiteres möglichst einschränken. Dies gilt nicht nur für die Entnahme des Stromes zu Beleuchtungs-, sondern auch für die Entnahme zu industriellen Zwecken.

Kleine Anfragen.

12. Am 10. d. Mts. verlor eine Berlinerin ihren Mann. Am 11. steckte sie die gedruckte Todesanzeige in einem mit Trauerband versehenen Umschlag in einen Briefkasten, vergah in der Aufregung aber, die Briefmarke aufzukleben. Zwei Tage später erhielt sie die Anzeige zurück. Sie bewertete sich bei der Oberpostdirektion, die die Beschwerte an das zuständige Postamt 17 weitergab. Von diesem erfolgte nun folgender Bescheid: „Mittlung. Unfrankierte Drucksachen sind bestimmungsgemäß an den Absender zur Frankierung zurückzugeben. Ihre Sendung ist daher ordnungsmäßig behandelt worden.“ — Wir gestatten uns folgende Bescheidene Frage: Kann die Postbehörde, die gegenwärtig die härtesten Ansprüche an die Geduld und Rücksicht des Publikums stellt, ihrerseits nicht einmal so viel Rücksicht auf das Publikum nehmen, daß sie eine offensichtliche Todesanzeige, deren Erpedierung naturgemäß eilt, dem Adressaten gegen das übliche Strafporto zustellt? H. A. W. G.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel „Elektrizitäts-Zukunftsmüll“ (Nr. 325) ist das elektrotechnische Verfahren der Stickstoffgewinnung durch einen Druckfehler ungenau in ein „elektrotechnisches“ umgetauscht worden.

Geldpostkästen an Deertangehörige im Felde oder im Inland werden für die Zeit vom 15. bis einschließlich 24. Dezember von den Postanstalten weder angenommen noch befördert. Die gleiche Verkehrsbeschränkung tritt für die Zeit vom 29. Dezember bis einschließlich 2. Januar ein. Das Publikum wird gebeten, die Sendungen möglichst schon in den ersten 8 Tagen des Dezember aufzuliefern, da für später eingelieferte Sendungen kaum die Möglichkeit besteht, sie bis zum Weihnachtstische den Empfängern zuzustellen.

Begen Höchstpreisüberschreitung beim Verkauf von Rostfleisch erhielt die Händlerin Pauline Wendlandt, Andreestr. 25, zweimal je 100 M. Geldstrafe; außerdem unterlagte ihr das Kriegswucheramt den Handel mit sämtlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs.

Zur Warnung für Hausbesitzer und Vermieter. Wegen nicht ordnungsmäßiger Verteilung der Lebensmittelkarten ist der Verwalter des Hauses Gortweg 26 in Charlottenburg, Ledebur, vom Charlottenburger Schöffengericht mit einer empfindlichen Strafe belegt worden. Er ließ es wiederholt bei der Ausgabe der ihm von der Brotkommission übergebenen Lebensmittelkarten an der nötigen Sorgfalt fehlen, und die Folge war, daß die Bewohner des Hauses nur selten vollständig mit den ihnen zustehenden Karten versehen waren. Die zuständige Brotkommission erstattete Meldung und der Magistrat stellte Strafantrag. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 M. oder 40 Tage Gefängnis.

Der Totschlag an der Kartoffelmiete, über den wir aus Schönefeld berichteten, ist zum Teil aufgeklärt. Die Erschlagene ist eine 88 Jahre alte Schloßerfrau Maria Willing aus der Schönefelder Straße 3 zu Berlin, die in Spandau in einer Munitionsfabrik arbeitete. Die Frau fuhr am Donnerstag voriger Woche nachmittags mit ihrem Kanne nach Schönefeld, um Kartoffeln zu harkieren. Willing kehrte nach ein paar Stunden allein zurück. Er ist jetzt verdächtig, seine Frau erschlagen zu haben. Er hat sich angeblich mit den Andern nach Danzau gewandt, um sie dort bei einem Bauern unterzubringen. Es steht aber noch nicht fest, wo er und die Meinen geblieben sind.

Neulohn. Weihnachtsgabe für Kinder bis 14 Jahre. Zum Weihnachtstisch soll eine besondere Verteilung von Lebensmittelkarten (Munitionskarte, Ferkel, Schokolade, Kefel und Kefel), die sich ihrer Art nach und mit Rücksicht auf die vorhandenen geringen Mengen zur Verteilung an die Gesamtbevölkerung nicht eignen, an die Kinder erfolgen, die am 1. Oktober 1903 und später geboren sind. Für diese Verteilung wird ein besonderer Bezugsschein von den Brotkommissionen ausgegeben. Die Freistellung der empfangsberechtigten Kinder erfolgt durch besondere Hauslisten, welche den Eigentümern zugefleht werden. Die Anmeldung für den Bezug der Weihnachtsgabe hat in der Zeit vom 1. bis 4. Dezember zu erfolgen. Zur Entgegennahme von Anmeldungen für den Bezug der Weihnachtsgabe an Kinder sind nur solche Konfitüren- und Schokoladengeschäfte berechtigt, welche sich durch ein besonderes amtliches Plakat als zur Entgegennahme berechtigt ausweisen. Der Beginn des Verkaufs wird noch bekannt gemacht.

Abgabe von Petroleum. Um den Bezugsberechtigten den Empfang des Petroleum zu erleichtern, soll im Dezember die Ausgabe der Menge nicht wie bisher wöchentlich, sondern zusammen für einen Monat erfolgen. Gleichzeitig wird die Menge mit Rücksicht auf die früher einsehende Dummheit ausnahmsweise dahin erhöht, daß Inhaber von blauen Scheinen bis zu 3 Litern, Inhaber von weißen Scheinen bis zu 1 1/2 Liter für den halben Monat erhalten. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung des Bezugsscheines während der Vormittagsstunden von 9—12 Uhr auf dem Hofe der Feuerwache, Erktz. 25-26. Der Verkaufspreis beträgt 38 Pf. je Liter. Nachlieferung der nicht abgehobten Mengen sowie Bewahrung von Zusatzen kann nicht erfolgen.

Wilmersdorf. Nachträgliche Anmeldung zur Kartoffel-Rundenliste. Am 28. November ist in Wilmersdorf eine neue Rundenliste für den Kartoffelbezug in Kraft getreten. Zweck Anmeldung zu der in einigen Geschäften angelegten Nachtrags-Rundenliste bedarf es einer Bescheinigung, die nach Vorlegung der ordnungsmäßigen Anmeldung bezugnehmenden Gründe vom Städtischen Lebensmittelamt, Wilhelmstraße 114/116, Eingang 2, erteilt wird. Dem Lebensmittelamt sind dabei so viel Abschnitte N der Wilmersdorfer Bezugskarte für Einzelpersonen (7. Ausgabe, rot) abzugeben, als Personen für die nachträgliche Eintragung in Betracht kommen. Für Personen, die inzwischen von außerhalb zugezogen sind, bedarf es nur der Vorlegung der polizeilichen Anmeldebekundigung. Bereits beim Papierat einverleichte schriftliche Gesuche um nachträgliche Eintragung in die Rundenliste sind schleunigt durch die Bezeichnung der Nachtragskundenliste freizubringen (Geschäft), bei dem die Eintragung gewünscht wird, zu ergänzen. Diese Ergänzung geschieht am besten mündlich an der oben bezeichneten Stelle des Lebensmittelamtes.

Nährmittel für Jugendliche. In der Zeit vom 27. November bis einschließlich 2. Dezember gelangen auf den Abschnitt 20 der Nährmittel-Zugangskarte für Jugendliche 125 Gramm Teigwaren zum Preise von 16 Pf. oder 125 Gramm Graupen zum Preise von 9 Pf. zum Verkauf. Der Verkauf findet in den bekannten Kolonialwaren-geschäften statt.

Spanden, Rauchverbot für Jugendliche. Die Polizeiverwaltung hat eine Verordnung erlassen, wonach es Personen unter 16 Jahren verboten ist, Tabak, Tabakspfeifen, Zigarren, Zigaretten und Zigarettenpapier zu kaufen oder sich sonst entgeltlich zu verschaffen; auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Kalagen, in öffentlichen Ver-

Lebensmitteln und in öffentlichen Räumen zu rauchen. Es ist auch verboten, Tabak usw. an solche Personen unter 16 Jahren zu verkaufen oder im Gewerbebetriebe abzugeben. Jeder, unter dessen Gewalt eine noch nicht 16 Jahre alte Person steht, ist verpflichtet, diese von einer Hebertretung der Polizeiverordnung abzuhalten.

Reinigungsmittel. In unserem Depot, Kopenhagener Straße 94-98, findet der Verkauf von geschälten Sähuern, Enten, Gänse und Gänse statt. Das Geflügel wird nur frisch gegen Vorzahlung der Kundensorte abgegeben. Verkaufszeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Von heute ab findet in unseren Verkaufsstellen der Verkauf von Pflaumenmarmelade statt. Der Preis pro Pfund 90 Pf. Der Verkauf der Anweisungen auf Weiskohl und Kohlraben wird bis auf weiteres eingestellt. Für die nicht belieferten Anweisungen wird der Verkaufstermin zurzeit bekanntgegeben.

Die Eröffnung der Gemeindefestliche findet am 3. Dezember statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. In der letzten Mitgliederversammlung berichtete Genosse Partels über den „Würgerburger Parteitag“. Die klaren sachlichen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Mit dem Parteitag vorgelegten schriftlichen Resolutions sollen sich die nächsten Mitgliederversammlungen beschäftigen.

Die Agitation ist auch hier in vollem Gange. Kürzlich sprach im Reichertischen Lokale vor ca. 250 Versammlungsbesuchern Genosse Kasnik über „Das neue Deutschland“. Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Johannisdorf. Heute abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Gobin Rosenstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Würgerburger Parteitag und Beschlusfassung über die geplante Beitragserhöhung. Gäste und „Vorwärts“-Leser willkommen.

Aus aller Welt.

Das große schwedische Fleischhaus in Stockholm, in dem fast die gesamten Fleischvorräte für den Winter lagerten, ist niedergebrannt. Es konnten nur geringe Mengen Fleisch gerettet werden.

Briefkasten der Redaktion.

S. W. 16. Geöffnet an Wochenenden von 10-3 Uhr, Sonntags 11-1/2 bis 3 Uhr, Donnerstags geschlossen. — **R. Z. 88.** Unbekannt. — **N. W. 99.** In Darlehensgeschäften können wir keine Pfandsumme erteilen. — **S. S. 20.** Ja. Stellen Sie einen Antrag. — **M. B. 30.** Aufrechterhaltung der Lebensversicherung der Kriegsteilnehmer. Eine grundlegende Sicherung der Kriegsteilnehmer vor Schaden ist leider durch den Bundesrat noch nicht erfolgt. Angenommen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Mai 1917 nur ein Antrag auf Erhebung der Prämien und Auszahlung der Beiträge bis zum Ende der Kriegsdauer. — **S. S. 70.** Ja. — **S. W. 15.** Wenn Sie keinen eigenen Haushalt gegründet haben, beträgt auch kein Anspruch auf Unterstützung. — **R. B. 99.** Niemand kann zu einer gerichtlichen Einmündung gezwungen werden. — **S. W. 2a.** 1. oder 2. genügt vollständig, aber nicht den Stempel verfehlen. — **Kraftfahrer.** Nur die Jahrgänge 1899/70.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen. Zeitweise aufklaren, jedoch überwiegend bewölkt mit östlich wiederholten, im Nordosten nieselhaft flauen, in den anderen Gegenden geringen Niederschlägen; östwärts fortwährende Erwärmung.

Gewinnziehung der 10. Preussisch-Süddeutschen (236. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 5. Klasse 16. Ziehungstag 27. November 1917

Kauf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Eine Gewinne u. St. A. I. S.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 M. gezogen: 2 Gewinne zu 40 000 M. 2648

2 Gewinne zu 10 000 M. 42030

4 Gewinne zu 5000 M. 213071 226258

54 Gewinne zu 3000 M. 14443 16062 24101 28908 43195

62340 63153 77578 79543 86485 88488 91484 92189 112344

119459 129038 157246 162088 162714 165203 168746 171748

174438 182261 184085 215188 225397

132 Gewinne zu 1000 M. 187 5340 6576 8254 9112

9862 10426 13840 19149 19444 20342 22301 27880 33980

38739 41497 43680 46408 47694 52766 52823 59918 62602

73662 81779 85487 91862 98704 98206 98703 104631

109802 112542 112567 122601 132340 134301 135725 146466

147033 153508 159546 161118 161243 163006 168056 175210

175450 176189 177669 179946 178871 189098 192813 195097

195807 202203 202321 208816 212515 213388 218557 214165

220673 223776 225042

226 Gewinne zu 500 M. 1844 2053 2072 5779 10094
10780 13032 14723 16075 17154 25959 26193 32239 39289
33775 35479 37058 37413 38140 39683 40330 40454 40865
42672 44770 45961 48618 49095 49806 52422 54394 54935
58761 58775 59377 63284 63393 65120 72264 74049 78483
81571 83693 84669 83598 89506 90046 93654 94845 100179
100468 102030 102068 103215 103742 109339 111433 111691
112093 114359 115510 118784 119408 126676 126644 131633
131228 132283 136715 139298 142503 148628 152838 155223
156837 156872 158905 159017 164334 166751 167895 171289
171840 174179 174761 175089 177846 178075 179328 180747
180815 181138 183632 185115 185215 185308 186909 192281
196652 200743 201088 204181 211088 214698 216458 217612
218588 218894 220913 221200 222846 226218 232420

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 M. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 M. 100539

2 Gewinne zu 10 000 M. 222331

6 Gewinne zu 5000 M. 31638 131679 214864

74 Gewinne zu 3000 M. 37014 22821 32902 39379

36712 42590 52442 66624 71839 81584 86891 91584 93745

99062 103880 114241 119524 121734 124382 134819 136228

140970 156030 159029 162672 171653 172001 174301 181034

195503 200192 203231 211823 212915 219704 219845 231083

152 Gewinne zu 1000 M. 1922 4622 4407 6916 10724

11198 11732 15113 17761 19060 31704 39128 41625 43228

45642 47025 50849 53278 54051 55111 69779 71393 73735

73988 74602 78405 79624 80805 80514 83543 98874 102265

106480 106493 112580 113841 118211 119200 123305 125116

132182 133499 136882 137088 142447 144432 148471 148722

148731 148924 148963 150114 157556 160092 174696 177969

179551 182423 186006 186713 189980 192237 200057 211780

211965 214221 214544 215146 223689 224369 224509 225464

228141 230040 230300 232870

198 Gewinne zu 500 M. 893 1897 9935 11758 12108

14963 15488 17934 18541 21538 21676 29913 30452 30883

47816 49677 49763 57440 63024 64143 65701 68058 68515

70192 74399 77869 79270 80460 80749 80829 81700 82193

83236 87016 87681 90726 91445 91640 92708 93067 93506

95203 98343 102689 104102 105597 107487 108369 110271

119864 121900 124425 127203 130685 131738 131997 135231

138421 148344 132519 153355 154387 155928 163323 164108

164540 166962 167258 167933 169707 169691 170231 171598

174637 177068 179092 182226 182947 186463 190619 190833

191816 195290 196098 196297 198940 200691 203014 204665

207836 208013 209967 210635 214105 217402 220199 222111

225614 228830

Für die zahlreichen Glückwünsche und Ehrungen bei unserer Silberhochzeit sagen wir auf diesem Wege Allen unseren innigsten Dank.
Fritz Müller und Frau Johanna.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksverwalt. Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer

Johann Fritz am 24. November im Alter von 39 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Plöcken aus statt.

Unser Kollege, der Hausdiener **Robert Lagocki** am 25. November im Alter von 57 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Lichtberg, Lüditzstraße, aus statt.

Unser Kollege, der Autoführer **Fritz Borchers** von der Firma A. B. G., Fernstr. 32, am 25. d. Mts. im Alter von 46 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Adersstr. 37, aus statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. (Segel Norden I.) Am 25. November starb unser Mitglied, der Papier

Karl Folgmann. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgenkirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.
147/18 Der Vorstand.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 20. 11. 17 an den Folgen einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen, mein lieber, treuherziger Mann, der Kraftjahre

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gärtler

Oswald Tischer (Geburtsort: 35) am 21. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ullensaker Straße 62, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferstecher Deutschlands. Filiale Berlin. Am 25. November verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied

Otto Lehmann im Alter von 82 Jahren am Lungenherzleid. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Buch aus statt. Abfahrt 1.41 vom Stettiner Bahnhof. Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl. mögl. schmerzlos u. ohne Berührung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erbprobleme, Keuschen, Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung. **Königsstr. 34/36.** Bahnhof. **Elsa Glogner geb. Becker.** Berlin N., Ofener Str. 3. Wer viel verloren, Irbit unentwessbar, für großes Leid, da gibt es kein Vergessen.

Prachtstücke!!

Plüsch — Pelz

Elegante sowie einfache Plüschmantele in Seal, Astrachan, mit Pelz, auch gestr., Glockenform, rasche Aufmachung. Alle Pretalagen.

Flotte, gediegene Pelzmäntel, Kid Kreuz, ziemlich lang, 600.— Seal Electric, auf Damast, 1100.— Persischer, Seal Bismar, Foblen. Verschiedene Pretalagen.

Pelzgarnituren in grosser Auswahl.

Imprägnierte Seiden- und Gummimäntel 125.— 150.— 180.— 225.— Seidenkleider, Röcke und Blusen in Seide, Samt und Woll.

Kostüme Ulster

Rehweilener Kammergarn, rasche Aufmachung, Samt-, Seidenkostüme 350.— 500.— 375.— Flotte Phantasie-Kostüme 300.— 150.— 100.—

Westmann,

I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
II. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntag geöffnet 12—2 Uhr.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauerkur), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlos. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 252/11* Sprechstunde: 11—1 u. 6—8

Geld-Lotterie 10000 Geldgew. ohne Abzug M. **600 000** **100 000** **50 000** Losez. 3.50 M. (Porto u. Liste Verlangt, auch mit Nachnahm.) **S. D. Guttermann** Hamburg 36, Stephansplatz.

Spezialhaus für Uhren **Nachts leuchtende** Brillen-Uhren 6 M. **Armbands-Uhren** 9 M. **Edelmeter-Uhren** 12 M. **Navalier-Uhren** 15 M. **Goldplatt-Uhren** 20 M. **Silberne Uhren** 25 M. an in großer Auswahl, genau regul. **Edelgoldene** **Detronuhren** 50—200 M. **E. Möbis** 14 Weststraße 14. (Vertikal nur im Boden).

Gegen die Kohlennot! **Heizkugeln RADION** **90-50% Kohlenersparnis.** 3 Stück = M. 2.85 Einmalige Ausgabe. — Zu beziehen durch die Eisen- u. Hausstandsgeschäfte, wo nicht, durch **EMIL GEBEL** Berlin SW 88, Alte Jakobstr. 156/157

Gelegenheitskäufe!

10000 Musikinstrumente

preiswert zum Verkauf



Musikhaus Münzstr. 18

Am Alexanderplatz

Gründliche Behandlung

von Nerven-, Nieren-, Lungenleiden, Tuberkulose, Magen- und Darmleiden, Epilepsie, Schlaflosigkeit, Schwächezuständen, Ischias, Rheumatismus, Gicht, Fiechten usw.

Dir. Hermanns, Eisener Str. 121, direkt a. d. Friedrichstr. Sprechst. tägl. 10—1 u. 5—8 1/2, Sonnt. 10—1 Uhr

Modellfischer verlangt Prange, Zimmstr. 29.

300 M. Belohnung! In der Nacht vom 25. zum 27. Nov., zwischen 12.30 und 1 Uhr, wurden vier in der Dammstraße, vor Nr. 21 3 Pferde aus den Begemalchinen gestohlen:

- 1) Ein Dunkelbrauner, Wallach mit Stern, 1,75 groß, 18 Jahre alt.
- 2) Ein mausegrauer Pony, mit einem Kuppe erblüht, m. Kalbfuß auf dem Rücken, ca. 1,70 groß, Wallach, 20 Jahre.
- 3) Ein Ponyschimmel, Wallach, ca. 1,42 groß, 18 Jahre alt.

Erbige Belohnung erhält berichtigte, der mit oder dem nächsten Polizeibureau amnestische Angaben zur Wiedererlangung machen kann.

Julius Fedkenhauer, Berlin SO 36, Melkenberger Straße 84.

Hilfe bei all. Nieren-, Nervenleiden, nervöse Schwäche finden Sie im Institut (auch Homöopathen, Urin- und Blutuntersuchung, M.S.B. Preise. Ausk. grat. Hudecke, Oranienstraße 50 (Mpl.) 10—3, 6—8.

Haar- u. Velourhüte

Vorverkauf Stück 38 M. **Lindku, Rosenthalerstr. 38.** II. Geschäft: W. Bayerischer Platz 7, Ufer am Mühlentor 36.

Prima Würstchen

u. Wurst u. Kaninchen- u. Rofffleisch tägl. frisch. **Pfd. 3.50 M.** Nachh. Kilop.-Vers. Versand v. 5 Pfd. ab. **Roßschlichter** und Wurstfabrik **Arthur Schindler,** Zwickau i. S. 1.

Harnleiden-Behandlung mit Rücklauf-Katheter **SANABO** **Berlin W., Bülowsir. 12, n. l.** Tel.: Litw. 9054, Nollat. 233. Prospekt H.

Gratis und franko

versenden wir unseren reich illustrierten Möbelkatalog O mit äußerst billigen, zeitgemässen Preisen unserer Musterzimmer in reeller u. gediegener Friedensware. Wir machen es ergebenst darauf aufmerksam, daß wir künstlerisch und architektonisch vorbildlich ausgeführte Einrichtungen, die nichts mit den gewöhnlichen Dutzendwaren gemein haben, in jeder Preislage noch am Lager halten. Für tadellose Arbeit und Ausführung bürgt der langjährige gute Ruf unserer Firma.

Th. Fork, Kretschmar & Co.,

Vereinigte Tischler- u. Tapezierermeister, Berlin C., An der Janowitzbrücke 3/4 u. Holzmarktstr. 1. Am Stadtbahnhof.

Mitglied der Tischlerinnung zu Berlin und der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, Heberrolle 4, No. 84. In unserer Abteilung für Ledermöbelfabrikation fertigen wir Klubsessel, weich und elastisch gehalten, in bestem Material u. gediegener Ausführung. Uebernahme von **Aufarbeitungen** und **Aufhäuten** derselben, so daß solche von neuen Sesseln fast nicht zu unterscheiden sind. Seit 25 Jahren tätige Innungsmeister der Tapezierinnung zu Berlin.

Künstl. Zähne 2 Mark

in moderner, jeder gewünschten Ausführung, m. u. ohne Platte, mit echt Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitungen, Reparaturen sofort. Billige Preise, a. Teilz. Zahnziehen in örtl. Betäub. spez. f. ängstliche nerv. Patienten. **Zahn-Praxis D. A. Löser** **Rosenthalerstr. 60,** nahe Platz. Pe. täglich zu sprechen 9-7, Sonnt. 10-12. Tel. No. 10438.

Licht Brenner

(Kriegslicht). auf jedem vorhandenen Lampendruck basierend, tonig Brennstoff Herfür mit Bezugberechtigung bis 15. 8. 18 liefert, solange Vorrat reicht. **Richard Zacher,** Benzol-Vertriebs-Apparate, Berlin, Zimmerstr. 63. Sprechst. Str. 222. Tel. 6-104, Benzolgeschäft.

Künstl. Zähne

Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billigste Preise. **Zähne von M. 2.00 an.** **Zahn-Praxis M. Löser** **Brunnenstr. 185** nahe Invalidenstr. Pers. tel. zu sprechen 10-7, Sonnt. 10-12, Tel. No. 11508

Bruno Schönlanf.

Der Verlag Paul Cassirer, Berlin, hat in dieser Zeit den Mut, einen jungen Lyriker einzuführen. Bruno Schönlanf heißt er, und sein Buch nennt er „In diesen Nächten“.

„Aus den Straßen“ heißt der erste Teil seines Buches. Die Dürren irren an ihm vorbei im Schein der Gaslaternen. Auf nossem Rücken lauern Obdachlose, wie kranke Vögel, hierend und Bekommen.“

„Doch wenn ich denke deiner Menschheit, Gott, Und fühle alle Dual, die sie bewegt, Und sehe, daß dein Heiland Dornen trägt, Und daß du duldest deiner Kinder Vorden...“

Eins erhält ihn in alledem: die Hoffnung des Idealisten: der Traum der neuen Menschheit, der Glaube an die einende Kraft der brüderlichen Liebe: „Eine Brücke wollen wir bauen von des Wahnsinns brütender Nacht zu Sternen und Menschen, zu Plümpchen und Kindern, Freude zu säen und Schmerzen zu lindern.“

Noch einmal die „denkenden Tiere“.

Nachdem Prof. Dr. Dofflein das Problem des schreibenden Hundes „Rolf“ in Mannheim durch sein auf persönliche Beobachtungen sich stützendes Urteil ein für allemal abgetan zu haben glaubte, wendet sich jetzt Privatdozent Dr. A. Gruber in den „Naturwissenschaften“ gegen die Doffleinschen Ausführungen und sucht die Ehre des gelehrten Hundes zu retten.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Franco.

„Wird er Spieghellaufen, der Peizer.“ fragen andere, „hab' so was rübergehört — am Frohnleichnamstag, nach der Kirch'?“

Dann erzählte wieder jemand, um den sich rasch eine Sondergruppe bildete, er habe sichere Nachricht von bevorstehenden ganz neuen Verhaftungen bis in hohe Kreise hinauf — wegen einem geplanten Attentat.

„I sag's allaweil, die hohe Schul' da bringt uns Unglück über Unglück in d' Stadt. Wo hat's früher so was geb'n, so lang' als die geistlichen Herrn g'habt hab'n.“ predigte der Devotionalienhändler.

„Was, Patriotismus!“ schrie er. — „Weißt, was Patriotismus heißt bei uns in Zuglstadt? Zahl'n und Maulhalt'n! Wo soll da der Patriotismus herkommen, wenn die hohen Herrschaften den kleinen Mann gar nichts mehr verdienen lassen?“

„Einige wichen gleich von der Seite des verwegenen Sprechers, andere befümmerten Seyboldsdorf um Genauen, das doch nur er allein wisse, über die morgige Exekution und die bevorstehenden Verhaftungen...“

„Man wird sehen, man wird Kurioses sehen. Ohne mich wären's noch lange in die Fer' gegangen.“ Und er blieb beharrlich sitzen, denn er wartete nämlich, um selber endlich das Richtige zu erfahren, auf Besis Rückkehr, der ihn eine kleine halbe Stunde zu verziehen gebeten hatte.

Der Geheimschreiber aber war währenddessen in das Haus des Rates geeilt. Dort herrschte gegen das lärmende Treiben auf den Kellern beschaulichster Friede. Jetzt gegen die Stunde der

nicht antwortend war oder die Antwort selbst nicht konnte, während Rolf sie hätte wissen müssen. Dofflein hatte deshalb die Feriende, dem Hunde ein rein menschliches Denken, ja sogar Sinn für Humor und Scherz zuzuschreiben, als Spielereien und Karreieren bezeichnet.

Dr. Gruber meint nun demgegenüber, daß die von Professor Dofflein bemerkten scheinbaren Fehler selbstverständlich aus anderen sich erkläre mit dem Problem beschäftigenden Untersuchern aufgefallen seien und daß man deshalb Versuche konstruiert habe, in denen solche Hilfen, seien sie nun bewußt oder unbewußt erteilt, absolut ausgeschlossen gewesen seien.

Dr. Dofflein bestreitet in einer nochmaligen Erwiderung dieses Verdienst keineswegs, hält aber daran fest, daß die angewandte Methode unzulänglich gewesen sei und ihre Resultate daher nicht haltbar seien. Die Kontroverse kann natürlich niemals durch weitere Schreibeereien, sondern nur auf Grund sorgfältigster, jede Möglichkeit einer Täuschung ausschließender Experimente entschieden werden.

Was dem Laien bei all diesen Tierexperimenten, dem sprechenden Mannheimer Hund wie auch bei den rechnenden Elberfelder Pferden immer wieder auffällt und ihn irritiert, das ist die Lücke, die sich zwischen den und geläufigen geistigen Verächtigungen der höheren Tiere und den, die Intelligenz gering begabter Menschen oft weit übersteigenden angeblichen Leistungen dieser denkenden Tiere auftritt, eine Lücke, die von den Hundertieren selbst nicht ausgefüllt wird.

Man wird direkt auf die Vermutung geführt, daß die Besitzer der „denkenden Tiere“ absichtlich jene an sich schwierigere und unpraktischere Form der Verständigung gewählt haben, weil sie eben das Geben von Hilfen außerordentlich erleichtert.

Der eiserne Berg im Alpenland.

In der schönen Steiermark heißt eine der Alpenseiten die Eisener Alpen. Die sich bis zur Höhe von mehr als 2100 Metern erheben. Auf ihrer Nordseite liegt der 1534 Meter hohe Erzberg, und vom benachbarten Großschörlach, der den östlichen Ausläufer der Kette in 1227 Meter überreicht, fließt der Erzbach nach Nordwesten zur Enns.

Dementsprechend leicht ist auch die Gewinnung des Erzes, die eine Anlage von Stollen und Schächten erübrigt, den unentbehrlichen Stoff vielmehr im Tagbau frisch von der Oberfläche weg liefert. Eine Denkhäule auf dem Erzberg zeugt davon, daß ein

eigentlicher Abbau hier schon vor mehr als 1200 Jahren begonnen hat, aber erst am Ende des Mittelalters nahm er größeren Umfang an und zu einem großartigen Maßstab gelangte er erst seit einigen Jahrzehnten.

Nach einer Schilderung, die Prof. Schwarz in der „Anschauung“ gibt, wird der Erzberg jetzt vom Fuß bis fast zur Spitze bearbeitet und ähnlich wie bei den eisernen Bergen von Lappland sieht man die ganze Höhe durch den Bergbau in Stufenwerke zerteilt, die in 54 mächtigen Stufen von 15 bis 17 Meter Höhe aufsteigen. Jeden Tag blutet der Berg aus drei- bis vierhundert Wunden, die ihm mit dem Gesteinsbohrer beigebracht werden. Viermal täglich erfolgen dann die Sprengungen, die durch Hornsignale der ganzen Belegschaft angekündigt werden.

Der Gesundheitswert der Kleie.

Das „Zurück zur Natur“ ist schon vor dem Kriege in der Gesundheitspflege auch in der Broschüre zum Ausdruck gebracht worden und eine Warnung vor dem ausschließlichen Genuß von Brot, das aus fein ausgemahlenem Mehl hergestellt ist, oder vielmehr hergestellt war. Es gab eine Zeit, in der die im groben Brot enthaltenen Kleie wegen ihrer angeblichen Unverdaulichkeit, wenigstens als unnützer Ballast oder gar als schädlich für den Menschen, betrachtet wurde.

Nutzen.

— Kunsthronik. Das Graphische Kabinett J. V. Keumann eröffnet am 1. Dezember eine neue Ausstellung, in welcher Gemälde und Graphik von Rudolf Müller gezeigt werden.

— Die August Specht-Stiftung in Gotha hat beschlossen, mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse von der Verteilung ihres Preises für 1917 abzusehen. Die frei werdenden Mittel der Stiftung sollen zur Linderung der Not in Schriftstellerkreisen und zur Verbreitung geeigneter Schriften Verwendung finden. Als einzige literarische Stipendiate werden 1000 M. an Frau Grete Weisfeld für das Werk „Das Wesen der Geschlechtlichkeit“ verliehen.

— Eine Reihe von Büchern gibt die Wiener Volksbuchhandlung (Wien VII, Gumpendorferstr. 18) heraus und verbindet ihn gegen Einmischung von 10 Heften in Dreimarcken.

plänen für diesen Menschen, der ihn ins Unglück gezogen hatte, spannt. In sie, an ihre Zukunft aber dachte er nie. Oh, sie hätte diesen Peizer...

„Was Reinhard nun wohl wieder über ihn planen möchte? Ob er nicht mit seinen ihr stets bange machenden Projekten selber Gefahr lief? ...“

Und ganz zaghaft begann im Dunkel der Sorge ein lichter Gedanke in ihr zu keimen. Wer für Reinhard diesen fatalen Freund befreien konnte, der hätte ihn gewonnen für immer.

Dazu war aber nicht mehr lange Zeit. Auch sie hatte von der alles wissenden Tante von dem in der Stadt umgehenden Gerücht von Vorbereitungen zu einer Exekution gehört, das konnte nur Peizer gelten — also morgen schon... Sie schauerte zusammen — wo war Rettung aus dieser Pein?

Ihre Gedanken irrten von Peizer wieder zu Reinhard zurück. Ihm selbst drohte ja Gefahr durch die unglückselige Verkettung der Zufälle, die seine Bücher in die Hand der Geistlichkeit spielten. Wohl hatte er versucht, das als nicht mehr bedenklich hinzustellen, aber sie hatte doch erkannt, daß er besorgt sei darob, als sie es ihm zuerst erwähnte, damals noch mit treubigem Herzen ob der vermeintlich guten Lösung dieser Sache. Würde nun der Vater Guardian nicht Gebrauch von seiner Kenntnis machen? Aber er hatte die Bücher ja gewissermaßen in der Peizts erhalten, zumindestens von seinem Weichkind und das mußte ihm doch heilig sein... Ratlos wälzte sie so Sorgen und Gedanken...

In ihrem Kopf war es wüst und leer. Eigentlich hatte ihr ihre Liebe bisher nur Leid und Sorge gebracht...

Da kam die Nacht und brachte Peizts, ein fremder Mann begehrte den Vater zu sprechen. Der Herr Rat hatte den ganzen Tag einen Geschäftsfreund aus Augsburg erwartet und ihr aufgetragen, wenn jener käme, während er den Abendhoppen trank, ihn zu bewachen. Sie ging also ins Haus, traf dort aber nicht den Erwarteten, sondern den alten Peiz.

„Entschuldigen schon die Demoskelle.“ sagte mit einem Arahuh der Polizist, so artig wie er konnte. „Hab' gedacht, der Herr Rat sei zu Hause, war mit ihm auf Abend versprochen und hatt' daher näher als zum Zugarten. Entschuldigen schon.“ Und er wollte gehen. In der Tür blieb er stehen. (Fortf. folgt.)

findenden Dämmrung wehte über die duftenden Gärten ein linder tieflauer Himmel, an dem rosa Wölkchen still wie Freudensahnen hingen. Noch glomm da und dort ein Giebel in feurigem Widerschein, der Vögel Abendlied war zum unbestimmten traumflüssenden Zwitschern herabgefunken, dafür kam mit dem süßen Dengeruch von den Wiesen um die Wälle der Stadt auch das rastlose Schleifen und Zirpen der Grillen mit herüber in den Abendfrieden des Gartens, in dem Regina mit Tante Pepsch und ihrer Freundin für den kommenden Feiertag eifrig nähten. Eigentlich stichelten nur die beiden anderen emsig, während Regina sich nur ab und zu ihrer Arbeit zuwandte, sonst aber träumerisch und still in sich gekehrt hinsah auf das Beet mit den purpurten Rosen und den grünen Blastugeln dazwischen und auf die immer höher hinauf brennenden Wölkchen im dunklen Blau, das so sehnsuchtsweh, so ernst, unendlich, fast teilnahmsvoll und tröstend herabsah auf alles Leid auf Erden.

Sie dachte an Reinhard. Mittag hatte sie ihn, während Vater schlief, einen Augenblick gesehen und von ihm die unbegreifliche Postkarte des Statthalters erfahren, aber auch seine Weigerung, noch einmal in den Staatsdienst zu treten, und dazu all' die schrecklichen Vorgänge um den armen Jakobus und die wieder fast unverständliche Art, wie der Polizeistatuar mit ihrem Liebsten umging.

Sie fühlte schon längst instinktiv, daß irgend ein Unsichtbares, Mächtiges Reinhard beschließe und ihm sogar gegen Willen und Verdienst einen Weg bahne. Tat er Recht daran, sich dem so hartnäckig zu verschließen? Aus dem Amt gegangen war er eigentlich nur aus Starrsinn — weil er keinen Tadel vertragen.

Aus dem Amt — immer wieder kehrte dieser Gedanke zurück — sie seufzte und sah in die Ferne. Herzoglicher Sekretär, wie stolz lang schon das. Und der Schreiber Finsterlin, der bei ihnen seinen Tabak kaufte, hatte einmal gesagt, daß der Herr von Solms leichtlich Polizeirat werden könnte, da er ja von Adel sei.

Und nun sollte das alles aus sein... Sie fühlte sich so gedemütigt und unglücklich.

Das Gefühl brach über sie herein, als ob kaltes, schwarzes Wasser über ihren Kopf zusammenstürzte. Und auf einmal war es ihr klar: Zwischen ihr und Reinhard klappte ein Abgrund... Sie hatte es längst bemerkt, wie entsetzt er unter dem Schicksal Peizers litt, wie rastlos er an Befreiungs-

Die enthüllten Geheimverträge.

Stockholm, 26. November. Die Petersburger Zeitung „Pravda“ fährt mit der Veröffentlichung der geheimen Akten fort. Danach teilte der russische Votschafter in Paris, Nwolski, in einem geheimen Telegramm vom 26. Februar 1917 Nummer 168 mit, daß die Regierung der französischen Republik Gewicht und Bedeutung der Vereinbarungen zu betonen wünscht, die im Jahre 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsende die Frage von Konstantinopel in Uebereinstimmung mit Russlands Bestrebungen zu regeln und daß sie andererseits ihrem Verbündeten alle jene Garantien in militärischer wie industrieller Hinsicht zugesichert wünscht, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreichs nötig sind, und deshalb Rußland unbegrenzte Rechte in bezug auf die Festsetzung seiner westlichen Grenze zuerkennt.

Stockholm, 27. November. Von den durch die bolschewistische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten seien die folgenden ausführlich mitgeteilt:

In erster Stelle wird in der „Pravda“ ein Aktenstück mitgeteilt, das im Blatte die Ueberschrift trägt:

„Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und den Sund“.

(Eine Information.)

Am 19. Februar (4. März) 1915 übergab der Außenminister den französischen und englischen Votschaftern ein Memorandum, in welchem als wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Rußland überlassen werden möchten: Die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosporus bis zum Samraiafluß und einem später zu bestimmenden Punkt am Bosphorus, die Inseln im Marmarameer und die Inseln Imbros und Tenedos, Frankreichs und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangefastet bleiben. Sowohl Frankreichs wie Englands Regierung geben ihre Bereitschaft zu erkennen, uniere als wünschenswert bezeichneten Ziele gut zu heißen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich endete, und andererseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegenkommen werde, die sich teils auf Gebiete des Osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete bezogen.

Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galten, folgende: Konstantinopel wird als ein Freihafen anerkannt zur Transitierung von Waren, welche weder von Rußland kommen noch nach Rußland gehen, und Handelschiffe sollten freie Durchfahrt durch den Sund haben. England und Frankreich sollten in der osmanischen Türkei Rechte zuerkannt werden, welche durch ein Sonderabkommen zwischen Frankreich, England und Rußland genau fixiert werden sollten. Die heiligen Stätten der Mohammedaner und Araber sollten einem unabhängigen mohammedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1907 neutralisierte Zone in Persien sollte, als zu Englands Interessensphäre gehörig anerkannt werden.

Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannte, daß diesen Forderungen entgegengekommen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte. In der Formulierung unserer Wünsche betreffend die heiligen Stätten der Mohammedaner müßte unmittelbar klar gestellt werden, ob diese Stätten unter türkischer Oberhoheit verbleiben und der Sultan weiter das Kalifat behalten sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Kalifat von der Türkei getrennt würde. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrtsorte nach den heiligen Stätten frei bleiben. Rußland geht darauf ein, die neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend anzuerkennen, hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete der Städte Isfahan und Jesso Rußland zugesichert werden und daß der Teil der neutralen Zone, welcher wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Rußlands Grenzen bei Sulgatar nähert, der russischen Interessensphäre zugewiesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außer dem gleichzeitig Entscheidung getroffen wird, betreffend das an Rußland grenzende nördliche Afghanistan in der Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen des Jahres 1914 ausgeprochenen Wünsche.

Nach Eintritt Italiens in die Reihe der kriegsführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, welche ihre Einwilligung aussprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit Sieg endete, daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten in besonderem Entgegenkommen länden und daß wir in den uns zufallenden Gebieten Italiens dieselben Rechte zuerkannten, wie Frankreich und England.

Geheimtelegramm aus Petersburg an den Votschafter in Paris vom 9. März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Richtschnur nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangefastet bleiben und dürfen keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt unserm Abkommen mit Frankreich und England betr. Konstantinopel, den Sund, Bosnien und Klein-Asien, sowie dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Vorläufe betr. Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verfrüht, im allgemeinen muß man eingedenk sein, daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen.

unserer Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen.

Notwendig ist es vor allem, zu fordern, daß die polnische Frage bei den Gegenständen der internationalen Verhandlungen aufgenommen, und alle Versuche, Polens Zukunft unter die Garantienkontrolle der Mächte zu stellen, verhindert werden. Was die skandinavischen Reiche anheht, muß man daher streben, Schweden von einem gegen uns feindlichen Auftreten abzuhalten und ebenso rechtzeitig an Rußland denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einem Krieg mit Schweden vorzubeugen. Rumänien sind bereits alle die politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermögen können, zu den Waffen zu greifen, und deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung neue Lockmittel zu brauchen. Die Frage betreffend

Verdrängung der Deutschen vom chinesischen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich ist, ist es ratsam, die Erörterung

dieser bis zur ökonomischen Konferenz (die im Juni 1916 in Paris zusammentrat. D. Red.) zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorhergehender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist.

Geheimtelegramm an den russischen Votschafter in Paris:

Petersburg, 30. Januar 1917, 307. In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe von Elsass und Lothringen nach dem Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Falle des Saarstufes und es dahin zu bringen, daß

die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen

und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Doumergue sprach die Hoffnung aus, seine kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, sich sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen. Seine kaiserliche Majestät geruhte im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen und ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue noch Mitteilung mit seiner Regierung mit einem Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Votschafter und mir geschlossen werden könnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der französischen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916, Nr. 948, dargelegt wurde und nach dem wir, wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Festsetzung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Festsetzung unserer Grenzen mit Deutschland und Oesterreich anbelangt. Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angegragene Frage gibt uns somit Veranlassung zu ersehen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert,

daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält.

Erlaubt Angaben in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Des Ferneren glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach dem Schluß des Krieges die Territorien über die Kanalinseln aufgehoben wird. Bitte legen Sie die oben dargelegten Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis. Petrowski.

Nach der Revolution.

In der „Soldatskaja Pravda“ werden folgende Telegramme des Außenministers Tereßtschenko veröffentlicht, welche eine Episode in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen betreffen.

Geheimtelegramm an die Vertreter in Paris, London, Rom vom 9. Oktober 1917:

Der französische, englische und italienische Votschafter hatten den Wunsch ausgedrückt, gleichzeitig vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden und machten ihm eine Mitteilung, in der hervorgehoben wurde, daß die letzten Ereignisse Befürchtungen erregen betreffend die Widerstandskraft Rußlands, und dessen Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen; aus diesem Anlaß kann die allgemeine Volksmeinung in den verbündeten Ländern von ihren Regierungen Angaben über die materielle Hilfe fordern, die Rußland gewährt worden ist. Nur den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, die allgemeine Stimmung zu beruhigen und ihr neues Vertrauen einzuflohen, obliegt es der russischen Regierung durch die Tat ihre Entschlossenheit zu zeigen, alle Mittel einzusetzen, um die Disziplin wieder herzustellen und der Armeen einen wirklichen Kriegesgeist einzuflohen, sowie das reguläre Funktionieren des Regierungsapparates vor und hinter der Front zu sichern. Die verbündeten Regierungen drücken endlich die Hoffnung aus, daß die russische Regierung diese Aufgabe erfüllen und sich somit der Unterstützung der Bundesgenossen versichern wird. Der Minister hob in seiner Antwort an die drei Votschafter hervor, daß die Interimregierung Maßnahmen in der Richtung ergreift, daß der Schritt der Votschafter bei der Allgemeinheit nicht eine Auslegung erfahre, die geeignet wäre, Unwillen gegen die Bundesgenossen zu erregen. Er wies dabei darauf hin, daß die gegenwärtige schwierige Lage Rußlands in bedeutendem Maße mit der von dem alten Regime übernommenen Erblichkeit zusammenhängt, dessen Regierung zur Zeit im Auslande eine Unterstützung und ein Vertrauen genossen habe, die vielleicht ihren Verdiensten nicht entsprechen hätten. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Folgen, welche ein Schwanken der Bundesgenossen in der Frage der Vergebung der Armeen mit ihren Kriegsbedürfnissen zur Folge haben müßte; diese Folgen zeigen sich zwei, drei Monate nachdem ein derartiges Schwanken veräußert wird. Was den Krieg anlangt, so hob Terenski hervor, daß man diesen in Rußland immer noch als eine allgemeine nationale Angelegenheit betrachtet, und daß er deshalb für unnötig halte, die von dem russischen Volk gebrachten Opfer besonders hervorzuheben. Der

Imperialismus der Zentralmächte

bildet die größte Gefahr für Rußland, und der Kampf gegen diesen Imperialismus muß im nahen Anschluß an die Bundesgenossen geführt werden. Rußland, das mehr als andere vom Krieg gelitten hat, kann diesen nicht beendigen, ohne seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit gesichert zu haben und wird den Kampf fortsetzen, wie auch die internationale Spannung werden möge. Was die Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der Kampffähigkeit der Armeen anlangt, hob der Ministerpräsident hervor, daß diese Aufgabe Gegenstand der ganzen Aufmerksamkeit der Regierung bilde, und daß die am gleichen Tage vom Kriegsminister und Außenminister an die Front unternommene Reise gerade von der Notwendigkeit, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, hervorgerufen war. Zum Schluß wies Terenski hinsichtlich der kollektiven Art des Schrittes der Votschafter darauf hin, daß Rußland immer noch eine Großmacht ist.

Die italienische Finanzkonferenz in der Schweiz.

Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern

vom 4. (17.) September 1917, Nr. 707.

In der Lokalpresse ist ein Fühler erschienen, nach welchem einige Finanzleute aus beiden im Kriege miteinander feindlichen Lagern kürzlich in der Schweiz weitgehende gemeinsame Besprechungen geführt haben. Wer die Konferenzteilnehmer und welches die Ziele der Beratung gewesen, wird streng geheim gehalten. Zweifellos sind jedoch folgende Personen dabei gewesen: Jacques Stern von der Niederländischen Bank in Paris, Tuchmann von der Pariser Abteilung der Lloyd Bank, Kärstnerberg, Direktor der Deutschen Diskontogesellschaft. Außerdem ein Vertreter der Deutschen Bank und einer österröcherischen (Aufbaubank). Die Engländer haben zwar ihre Teilnahme an den Beratungen bestritten, aber am 2. (15.) September eintraf in Genf aus London der Direktor der Lombard Bank unter dem Vorwande der Gründung einer Filiale in der Schweiz. Die gerüchweise verlautet, hat man als Basis eines Uebereinkommens folgende Möglichkeiten erörtert: Elsass-Lothringen

sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entgegengekommen werden. Nichts Bestimmtes ist betreffend Rußland festgestellt worden; es sind nur Andeutungen ausgesprochen worden, daß die Zentralmächte eine Reihe Kompensationen im Osten erhalten könnten. Die deutschen Teilnehmer an den Beratungen forderten insbesondere die Befreiung der Baltischen Provinzen von Deutschland und Unabhängigkeit für Finnland.

Notiz des B. I. B.: An zuständiger Stelle ist von dieser Versammlung nichts bekannt.

Bemerkung der Redaktion des „Vorwärts“: Das Dementi des B. I. B. wird nicht durchschlagend wirken. Es kommt auch nicht darauf an, ob und was besorgte Güter des internationalen Finanzkapitals in der Schweiz miteinander geredet haben, sondern auf den Beweis dafür, daß Rußland und ganz Europa von dem „Imperialismus der Mittelmächte“ nichts zu fürchten haben und daß sie es nicht notwendig haben, sich in einem Beweidungskampf gegen diesen Imperialismus zu verbluten.

Stockholm, 27. November. Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur sind die Forderungen, die Frankreich in dem Abkommen über Rußlands Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen stellte und denen Rußland zustimmte, die folgenden: Elsass-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben mit Einschluß der Eisen- und Kohlengruben-Gebiete. Die am linken Rheinufer gelegenen Gebiete müssen von Deutschland getrennt und von jeder Abhängigkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung von Deutschland befreit werden. Aus diesen Gebieten soll ein freier neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt (!) werden soll, bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen sein wird.

Stockholm, 27. November. „Sjdivenska Dagbladet“ schreibt über die Veröffentlichung der Geheimverträge: Aus dem, was erwidert ist, geht hervor, daß die Leiter der englischen und französischen ausländischen Gesandtschaften schwerwiegende Gründe gehabt haben, um eine Veröffentlichung zu fürchten. Es genügt um allen ruhig Urteilenden die klare Einsicht zu geben, daß die Entente weder für Freiheit und Recht, noch aus Fürsorge für die Unabhängigkeit der kleinen Nationen den Krieg geführt hat, sondern daß ihre Ziele sehr umfassende Eroberungen und durchgreifende Umwälzungen in Europa und Asien gewesen sind.

Erst „Helden“ — dann „urteilslose Masse“.

Alldeutsche Wertschätzung der Kriegsteilnehmer.

Die Stellung zum gleichen Wahlrecht ist der Präzedenz dafür, welche Achtung eine politische Richtung in Wirklichkeit den Kriegsteilnehmern entgegenbringt. Die Aufnahme der preussischen Wahlrechtsvorlage durch die konservativen und alldemokratischen Blätter zeigt nun deutlich, wie wenig Gewerbe die katholische Heldenvereinerung, die gerade jene Presse ausgiebig treibt, für eine wirkliche Erhaltung des Helden geschuldeten Dankes bietet. In demselben Augenblick, in dem die Helden den jeldgrauen Rock abzulegen und als bürgerliche Wähler an die Wahlurne treten, sind sie für die Alldeutschen nur noch urteilslose Masse Man lese z. B. folgende Sätze, die ein alldemokratisches Blatt, wie die „Deutsche Zeitung“, gegen das gleiche Wahlrecht schreibt, und gegenwärtig sich immer dabei, daß die darin zum Ausdruck gelangende Mißachtung gegenüber der großen Masse doch bei den jetzigen Verhältnissen praktisch in erster Linie auf die große Masse der Kriegsteilnehmer zu beziehen ist:

Die Menge ist nicht aufnahmefähig für Anschauungen, die ernstlich über ihrem Niveau liegen, und ihr Verfall wendet sich jenen zu, die in den ausgefahrenen Gleisen der Allgütigkeit trotzen und die erforderliche Anpassungsfähigkeit an die Stimmung der Massen besitzen.

Es ist kein erhebender Anblick, daß jetzt preussische Landtagskandidaten sich in der Umschmelzung der Massen ebenso ihrer persönlichen Würde begeben sollen, wie es in allzubühlerischen Fällen die Kandidaten zum Reichstag für ein Gebot der Notwendigkeit hatten.

Derartige verächtliche Betrachtungen der Masse, d. h. heute der großen Masse der Kriegsteilnehmer, lassen sich aus den konservativen und alldemokratischen Preßstimmen dieser Tage zu Tausenden anführen. Die Kriegsteilnehmer wissen recht, was sie im Ernst davon zu halten haben, wenn sie von der rechtsstehenden Presse als Helden gefeiert werden.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe schreie am Dienstag seine Beratungen fort. Zunächst kamen mehrere Petitionen zur Erörterung. Ueber die Forderung der Wiederanstellung der kaufmännischen Angestellten nach dem Kriege sollen die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Angestellten im Reichswirtschaftsamt fortgeführt werden. Wünsche auf weitergehende Beteiligung des Handels, der Hochverhande, der Kleinvertriebe, der gewerblichen Kolonialgenossenschaften und der Arbeiter- und Angestelltenverbände bei der Vorbereitung und Organisation der Uebergangswirtschaft konnten zur Sprache. Eine Reihe von Anträgen, die Wichtigkeiten für die Uebergangswirtschaft enthielten, wurde angenommen.

Letzte Nachrichten.

Die Mandatsbewerber für Vereinigung mit Schweden.

Stockholm, 26. November. „Allshanda“ teilt mit, daß bevollmächtigte Vertreter aller Gemeinden auf Mandat seit einiger Zeit eine Abordnung ernannt hätten, um der schwedischen Regierung und der Volksvertretung zur Kenntnis zu bringen, daß auf Grund besonderer Ursachen die Bevölkerung der Mandatsinseln lebhaft die Vereinigung ihrer Inseln mit Schweden wünsche. „Allshanda“ tritt warm für diesen Plan ein.

Sechs Wochen Arrest für Lösung eines Soldaten.

Wien, 27. November. Das Heeresdivisionsgericht verurteilte heute das Urteil im Prozeß wegen Lösung des Dragoners Moritz. Der Reservelieutenant Josef Jerdik wurde wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu sechsöchentlichem strengen Garnisonsarrest verurteilt. Von dem Verbrechen des Loslassens von dem Bedeckten der Hintanfänger der Dienstgewalt durch Mißhandlung des Dragoners Moritz wurde er freigesprochen. Oberleutnant Redzjügel wurde wegen Hintanfänger der Dienstvorschriften zu sechsöchentlichem Hausarrest verurteilt, von den übrigen Punkten der Anklage wurde er freigesprochen.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit.

Unter Teilnahme der Vorsitzenden und der Ortsverwaltungen der Zentralverbände der Alphaure, Handlungsgewerkschaften, Kupfer- und Metallarbeiter, Sattler, Steinseher, Tabakarbeiter und Schneider Leipzigs sowie drei Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Ausschusses des Gewerkschaftsartikels in Leipzig fand am Sonntag, den 25., und Montag, den 26. d. M., eine Aussprache über die Gründe des Austritts der vorgenannten Gewerkschaften aus dem Gewerkschaftsartikel mit dem Ziel einer Einigung statt.

Von den ausgetretenen Gewerkschaften wurde folgende Entschliessung vorgelegt, deren erster Teil lautet:

Die dem freien Gewerkschaftsartikel zu Leipzig angeschlossenen Organisationen erklären, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie bisher von dem alten Kartell und besonders von den beiden Sekretären Lütjich und Klau, ausgenommen ihre Tätigkeit in Rechtschuttsachen, im Namen der Leipziger Arbeiterkassette geübt worden ist, als nicht im Interesse der Arbeiter liegend betrachtet. Ebenso verwerfen sie die von der Generalkommission betriebene Politik.

Gegen diesen Teil gaben die Vertreter der Zentralverbände und der Generalkommission sowie der Kartellausschuss folgende Erklärung ab:

Wir halten den ersten Teil der Erklärung für nicht gerechtfertigt. Die in der Beratung für den Austritt aus dem Kartell angeführten Gründe bieten keine Veranlassung zu einem solchen Urteil, sondern es gilt als erwiesen, daß das Kartell und die Arbeiterkassette ihre Pflicht erfüllt haben.

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Reutwohlen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wirken, ihre Kammern nieder. Das Kartell entscheidet über die Belegungen dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftsartikels hat durch den Kartellausschuss oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu solchen Kommissionen usw. delegierten haben selbstverständlich die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftsartikels zu vertreten. Die durch Behörden zu berufenden Vertreter des Gewerkschaftsartikels haben vor Annahme dieser Berufung die Zustimmung des Kartells einzuholen. Dem Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser berufenen Personen andere Vertreter des Kartells zur Berufung vorzuschlagen. Soweit solche Berufungen durch die Behörden bereits erfolgt sind, hat das Kartell nach der Wiedervereinigung nachzuprüfen, ob diese Vertretungen aufrecht zu erhalten, eventuell durch andere Vertreter des Kartells zu belegen sind.

Diese Vereinbarung wurde einstimmig beschlossen. Alle Teilnehmer an den Einigungsverhandlungen waren sich voll bewusst, daß es mehr als je notwendig ist, die Einigkeit der Gewerkschaften hochzuhalten und jede Schwächung gegenüber dem besonders in der Kriegszeit außerordentlich erwarteten Unternehmertum zu vermeiden.

Da während der Verhandlungen die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit mehrfach erwähnt wurde, jedoch eine ausgiebige Aussprache darüber nicht stattfinden konnte, soll dieses Thema in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission erörtert werden.

Aus den schwedischen Gewerkschaften. In der Nähe von Derebro (Mittelschweden) haben rund 1000 Bergarbeiter wegen Verweigerung einer Feuerungszulage die Arbeit eingestellt. Der Streik wird von sozialistischer Seite geleitet; seine Ausdehnung ist wahrscheinlich. — Sämtliche bei den staatlichen Kraftwerken und Kanalbauten in Tröskölan angefertigten Monteurs für elektrische Maschinen sind in den Ausstand getreten. Verweigerte Löhnerhöhung und ungerech-

fertigte Entlassung eines Arbeiters haben sie zur Niederlegung der Arbeit bestimmt. — In Sundswall (Nordschweden) haben die Sattler und Dekorateur die Arbeit niedergelegt; sie fordern eine 50prozentige Feuerungszulage. — Gleichfalls um eine Feuerungszulage streiten 300 Arbeiter des Lesebo-Papierwerkes.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berliner Maschinenbauabrik A.-G. vorm. S. Schwarzlopp kommt mit einem überaus guten Abschluß heraus. Die glänzende Entwicklung des Unternehmens geht aus den Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 1913/14 bis 1916/17 hervor:

	1916/17	1915/16	1914/15	1913/14
	(in 1000 Mark)			
Vortrag	895	877	868	108
Einnahmen aus Zinsen, Mieten, Vorkosten und Lizenzen	989	422	350	298
Rohgewinn der Werke	20 444	14 668	9 858	9 004
Abreibungen	3 781	3 034	1 674	1 504
Generalkosten	18 106	7 972	5 276	4 728
Reingewinn einschl. Vortrag	5 442	5 282	4 185	3 606
Dividende	3 000	3 000	2 160	1 920
in Proz.	25	25	18	16
Neuer Vortrag	902	895	877	868

Der ausgewiesene Reingewinn ist viel stärker gewachsen, als der Rohgewinn. Aber das offenbar nur deshalb, weil aus den Generalkosten auch die Neubauten und Maschinenzugänge bestritten wurden. Vorräte und Bankausgaben werden auf 23,76 Millionen Mark gegen 8,76 Millionen Mark im Vorjahr angegeben, wobei das Bankausgaben ganz sicher den größeren Teil ausmacht. Dazu treten noch Wertpapiere in Höhe von 10,23 Millionen Mark. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark.

In dem Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß im abgelaufenen Jahre die alten und die neu in Betrieb genommenen Werkstätten bis aufs Äußerste ausgenutzt werden mußten, daß sich die Arbeiterzahl und der Umsatz beträchtlich erhöhten. Ueber die Aussichten blickt die Verwaltung: „Auch für das laufende Geschäftsjahr können wir wiederum auf ein befriedigendes Ergebnis rechnen, um so mehr, als der Gesamtwert der zurzeit vorliegenden Aufträge deren Wert zur gleichen Zeit des Vorjahres um ein ganz beträchtliches übersteigt. Dieser Auftragsbestand sichert weit über das laufende Geschäftsjahr hinaus volle Beschäftigung für unsere Werke.“ Kai d. J. hat die Gesellschaft ein Gelände von rund 145 Morgen, das ihr die Möglichkeit einer Vergrößerung des Wilmower Werkes bietet, erworben.

Nun folgen auch rasch die Abschlüsse der Berliner Brauereien aufeinander, die gut gearbeitet haben, wenn sie auch alle über die Ertragsverhältnisse der Kriegswirtschaft klagen und mit Rücksicht auf die geringeren Löhne und Getreide- und Hopfenpreise auch höhere Bierpreise verlangen. Die Brauerei Ernst Engelhardt & Co. A.-G. in Berlin-Pankow zahlt aus dem von 515 089 M. auf 464 262 M. gesunkenen Reingewinn wie im Vorjahr 5 Proz. Dividende. Die Gesellschaft hat sich beteiligt an der Berliner Stadtbrauerei G. m. b. H., an der Brauereivereinigung deutscher Brauereien G. m. b. H. und an der Gesellschaft zur Herstellung von Nährbrot und Futterstoffen aus Brauerückständen m. b. H. Die Brauerei Wagenhöfer verteilt aus dem Reingewinn des mit 4,975 Mill. M. dem vorjährigen von 1,979 Mill. M. fast gleich ist, wieder 14 Proz. Dividende. Die Gesellschaft hat außer in der Brauerei in Fürstenwalde, die während des Krieges bereits außer Betrieb gesetzt worden war, auch noch in der Abteilung Nordwest das Brauen zurzeit eingestellt. Dagegen errichtete sie auf der Abteiler Nordost eine Gasmüllerei, die aber erst kurz vor dem Ende des Geschäftsjahres in Betrieb kam. In Fürstenwalde und in der Walschbrunn-Fabrik a. D. wurde ferner das Erzeugen von Rüben, Obst und dergleichen übernommen. Zur Pflanzung mit dem hauptsächlich im Sommer beehrten oberirdigen Waldbeer hat sich die Gesellschaft bei Errichtung der Berliner Brauereivereinigung „Monopol“ beteiligt. Der Geschäftsbetrieb dieser Brauerei hat bis jetzt den Erwartungen entsprochen. — Die Brauerei Germania A.-G. kann ihre Unterbilanz von 164 104 M. auf 115 151 M. ermäßigen. — Die zwischen der Brauerei Pfefferberg vormals Schneider u. Hillig, A.-G. in Berlin, und der Bergschloßbrauerei, A.-G. in Berlin, schwebenden Zusammenkühlungsbesprechungen haben jetzt zum Abschluß einer Interessengemeinschaft geführt.

Soziales.

Neue Meldevorschriften für den Hilfsdienst.

Ueber die Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen hat der Reichsausschuss eine neue, verschärfte Bekanntmachung erlassen, aus der wir das Wesentliche herausheben wollen.

Alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1898 geboren sind und nicht dem aktiven Heere oder der Marine angehören oder auf Grund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind, sowie alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem gleichen Tage geboren sind und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören, haben sich an ihrem Wohnort auf öffentliche Aufforderung der Ortsbehörde innerhalb der von dieser gestellten Frist persönlich zu melden. Nicht zu melden brauchen sich diejenigen, die sich auf Grund der früheren Verordnungen vom 1. März 1917 schon gemeldet haben und sich darüber durch Vorlegung des gestempelten Abreißstreifens der Weiskarte ausweisen können. Dagegen müssen sich auch die melden, die früher von der Meldepflicht befreit gewesen sind, es sind dies Personen, die beschäftigt sind im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchengeldwesen, in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung; als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker; in der Forst- und Landwirtschaft; in der See- oder Binnenschifffahrt; in der Eisenbahn-, einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen; auf Berg- und Hüttenbetrieben; in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation; in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von der Kriegsamtsstelle für ihre Bezirke benannt worden sind. Alle diese Personen müssen sich also jetzt ebenfalls zum Hilfsdienst anmelden.

Zulässig ist auch jetzt die Anmeldung durch Ausfüllung einer vorgefertigten Karte. Dies befreit von der persönlichen Meldung. Wo die Karte zu erhalten ist, ist in der behördlichen Aufforderung zur Meldung bekannt zu geben. Wenn die Angaben in der schriftlichen Meldung nicht genügen oder Bedenken gegen ihre Richtigkeit bestehen, kann die Ortsbehörde den Meldepflichtigen vorladen und event. sein Erscheinen erzwängen.

Für alle Meldepflichtigen gilt, daß sie auf Aufforderung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses persönlich erscheinen und Auskunft erteilen müssen, auch müssen sie sich auf Anordnung ärztlich untersuchen lassen, sofern dies nötig ist, um zu prüfen, ob sie der Hilfsdienstpflicht für eine bestimmte Arbeit eignen.

Personen, die nach Ablauf der von der Ortsbehörde bestimmten Meldefrist aus dem Heere oder der Marine aus anderen Gründen als infolge einer Reklamation ausgeschieden, haben sich persönlich innerhalb zwei Wochen bei dem für ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zuständigen Einberufungsausschuss zu melden, ebenso alle Deutsche oder Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach Ablauf der Meldefrist 17 Jahre alt werden, oder ihren Wohnort in das Reichsgebiet verlegen, soweit sie nicht zum aktiven Heere oder zur Marine gehören. Von der persönlichen Meldung befreit auch in diesen Fällen die Anmeldung durch die vorgeschriebene Karte.

Scheidet ein Meldepflichtiger vor Vollendung des sechszigsten Lebensjahres aus der Beschäftigung bei seinem Arbeitgeber aus, oder wechselt er seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem für seinen Wohnort und, wenn er diesen wechselt, für seinen bisherigen Wohnort zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Dabei ist eine neue Tätigkeit, ein neuer Arbeitgeber, die neue Wohnung sowie eine etwaige militärische Einberufung anzugeben. Auch dem Arbeitgeber liegt die Meldepflicht innerhalb der gleichen Meldefrist ob. Wird einem Arbeitgeber ein Hilfsdienstpflichtiger überwiesen, so ist gleichfalls spätestens bis zum dritten Werktag dem überweisenden Ausschuss mitzuteilen, ob der Hilfsdienstpflichtige eingestellt worden ist und ob er die Arbeit aufgenommen hat.

Für die vorgefertigten Meldungen schuldhaft unterläßt, oder die Aufforderung, sich persönlich zu melden, nicht Folge leistet, oder die erforderliche Auskunft verweigert, kann mit einer Ordnungsgeldstrafe bis 100 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer in einer Meldung, Mitteilung oder Auskunftserteilung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Verantwortlich für Politik: Erich Antter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlin; für Inserate: Th. Gieseler, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Für Jeden etwas!

Das Praktische und das Elegante, das einfach Bornehme und das Flotte, Besprechende, alles ist in gleicher Reichhaltigkeit bei uns vertreten, und in allen Preislagen, in allen Größen zu Ihrer Verfügung.

Rönigsfr. 33 Chausseefr. 113
Am Bahnhof Viktoriastr. Beim Stettiner Bahnhof
Sonntags geschlossen!

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof, Behandlung ohne Verschickung, Blutuntersuchung, Mägen, Brei, Zahnreinigung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Erfinder

während des Krieges grosse Erfolge!
Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos.
Norddeutsches Patentbüro,
Berlin, Friedrichstr. 9
9-5, Sonntags 11-1

Cigarren, Cigaretten, Kantabake

Egros
F. Ernst Borch, Eissenerstr. 21.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Eink. Meissner- u. Römertank-Kell. C. 13
Kaiserstr. 2a, Fernsp. Erg. 12700
Bandagen, Gummiw.
R. Hauke, Stralauer Str. 54.
E. Kraus, Lösspianstr. 11.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164
Bäder u. Kouditoreien
F. Kieseewetter, Schivelbeinerstr. 14.
Otto Wolff, Treptow, Krullstr. 15
Luchas, Cr.-Lichterf. Chausseestr. 55a
Brauerei u. Bierhandlung
Brauerei Bötzwil
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges
(Korn, Weis, Wollw., Trübing.)
Kornmeyer, Brauhausstr. 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.	Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier!	Fleisch u. Wurstw. Otto Kugel, Alte Jakobstr. 74. Herren- u. Knabenware.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte	Weissbier, C. Breithaupt Pallasstr. 37 Tel. Kpn. 2481, 2342	J. Baer Gadstr. 28, Ecke Prinzen-Allee.
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43	Kaugummi Timmer-Essig Scharoll erhältlich!	Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Strömstr. 31. Kühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.
August Holtz 13 Detailgeschäfte	Bellmann, E., Nähmaschinen Göllnowstr. 36	Weste, E. Kottbuser-Damm 14/19
Neukölln Anzengruberstr. 25.	Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.	Menhandlungen Bethke, Georg, Kottbuser-Damm 46. Seckula, Ullrichstr. 21, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wessstr. 128, Friedenstr. 23 Treptow, Gültz-Str. 44.
Central-Bad Diana-Bad Passage-Bad Reform-Bad, Wiener Str. 65.		Gaeger, Otto Charlottenburg F. W. Sichter, Wrangelstr. 75. Ecke Currystr.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
80, Kottbuser Str. 1
Austester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Photogr. Apparat
M. Albrecht
80, Kottbuser Str. 1
auch Gelegenheitskaf
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb. Frankl, Allee 43
Weine, Liköre, Fruchtäfte

Hugo Boling
50 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

2. Ziehung 6. - 11. Dezbr.

+ Rote Kreuz +
Geld-Lotterie
17851 Lose u. 1000000 M.
600000
100000
50000
30000

Lose zum Plan-3-0
Postgeb. u. Liste 35 Pf.
H. C. Kröger
Berlin W2, Friedrichstr. 103a.